

PROTOKOLL

über die 19. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der Stadt Steyr

am Donnerstag, 2. Dezember 1999, im Rathaus, 1. Stock hinten,

Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14 Uhr

Anwesend:

BÜRGERMEISTER:

Hermann Leithenmayr

VIZEBÜRGERMEISTER/IN:

Friederike Mach, Leopold Tatzreiter

STADTRÄTE:

Gerhard Bremm, Gunter Mayrhofer, Ing. Dietmar Spanring

GEMEINDERÄTE:

Kurt Apfelthaler, Helga Feller-Höllner, Martin Fiala, Ing. David Forstenlechner, Mag. Michaela Frech, Monika Freimund, Günter Fürweger

Walter Gabath, Roswitha Großalber, Ing. Wolfgang Hack, Wilhelm Hauser, Ing. Klaus Hoflehner, Stephan Keiler, Mag. Gerhard Klausberger

Maria Koppensteiner, Andreas Kupfer, Engelbert Lengauer, Walter Oppl, Hans Payrleithner, Claudia Pramendorfer, Elfriede Reznar

Rudolf Schröder, Siegfried Stieglitz, Beatrix Toman, Ingrid Weixlberger, Dr. Wilfrid Wetzl

VOM AMT:

MD. SR Dr. Kurt Schmidl, MD-Stv. Präs. Dir. Dr. Gerhard Alphasamer, OMR Mag. Helmut Lemmerer, Gerald Hackl

ENTSCHULDIGT:

Vizebgr. Dr. Leopold Pfeil, GR Edith Radmoser

PROTOKOLLFÜHRER:

OAR Anton Obrist, Gabriele Obermair

T A G E S O R D N U N G

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der Beschlussfähigkeit und Bekanntgabe der Protokollprüfer
2. Beantwortung von allfälligen Anfragen
3. Mitteilungen des Bürgermeister
4. Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. § 54 Abs. 3 StS
5. Verhandlungsgegenstände
6. Aktuelle Stunde

Kenntnisnahme von Beschlüssen des Stadtsenates gem. Pkt. 4 der Tagesordnung:
GHJ2-7005/63 Sanierung des Schlossparkpavillons, Blumauergasse 1, Steyr; Entsorgung des Sperrmülls, der Heizanlage sowie des Öltanks.

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

- 1) Fin-65/99 Bedarfszuweisungsmittel für die Adaptierung des Museums Arbeitswelt; Weiterleitung.
- 2) Fin-110/99 Nachtragsvoranschlag 1999.

BERICHTERSTATTERIN VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

- 3) Fin-207/99 „Pro mente infirmis“ - Atrium Steyr; Subvention 1999.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

- 4) Stw-98/99 Städt. Verkehrsbetrieb; Einbindung der Studierenden an Fachhochschulen in Tarifsysteem Verkehrsbetrieb.
- 5) Stw-90/96 Wassergebührenordnung; Änderung zum 1. 1. 2000.

BERICHTERSTATTER STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

- 6) BauGru-15/99 Bebauungsplanänderung Nr. 46 - „Ennser Straße“ - Änderung Nr. 10; Aufhebung.
- 7) Fin-154/99 Christkindlmarkt Promenade; Ausstellungsverein Steyr; Bauvorhaben; Subvention.
- 8) K-1/99 Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 1998“; Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege.
- 9) BauStr-23/99 Verbreiterung Steinerstraße im Bereich Wohndorf Gleink; Vergabe der Straßenbauarbeiten.

BERICHTERSTATTER STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

- 10) Fin-176/99 Edition Wehrgraben Verlag; Dokumentationsband; Kostenbeitrag.
- 11) Fin-187/99 Stadtkapelle Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention für den Ankauf einer B-Klarinette.
- 12) Fin-190/99 Mag. Heribert Mader; Herausgabe eines Buches; Druckkostenbeitrag.
- 13) Fin-14/97 Museum Arbeitswelt Steyr; Projektförderung 1999.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates. Ich darf sie herzlich begrüßen und eröffne die heutige Sitzung. Ich stelle fest, dass die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist. Als Protokollprüfer sind mir Herr GR Ing. Wolfgang Hack und Herr GR Wilhelm Hauser vorgeschlagen. Sie nehmen die Funktion an. Entschuldigt haben sich Herr Vizebgm. Dr. Leopold Pfeil und Frau GR Edith Radmoser, welche leider im Spital weilen muss. Wenn es recht ist, schicken wir ihr Genesungswünsche von der heutigen Gemeinderatssitzung. Ich möchte ebenfalls den Vertreter der elektronischen Medien herzlich begrüßen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Unter Punkt 2), Beantwortung von allfälligen Anfragen, teile ich ihnen mit, dass die Frau GR Mag. Frech mit Schreiben vom 24. 11. 1999 folgende Anfrage an mich richtete, mit dem Ersuchen, diese an Herrn Stadtrat Ing. Spanring weiterzuleiten. Ich ersuche nun Herrn Stadtrat Ing. Spanring um Verlesung und Beantwortung der Anfrage.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates, sehr geehrte Vertreter der Presse.
Die Anfrage lautet folgendermaßen:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Für den Posten des Geschäftsbereichsleiters für Kultur, Bildung und Sport, der mit 31. Juli 1999 zur Ausschreibung gelangte, bewarben sich laut offizieller Presseaussendung des Magistrates vom 9. Nov. 1999 nur sieben Interessenten. Vier davon wurden einem sogenannten „Hearing“ unterzogen, den drei restlichen Bewerbern wurde diese Gelegenheit nicht geboten, obwohl sie, zumindest in einem Fall, sogar von der Fachabteilung Personalverwaltung schriftlich bestätigt bekamen, dass sie die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt hätten. Die nicht zum Zuge gekommenen Bewerber wurden übrigens erst mit Schreiben vom 8. 11. d. J. erstmals kontaktiert und damit über ein Vierteljahr (!) lang im Ungewissen gelassen.

Zu dieser Thematik drängen sich nunmehr folgende Fragen auf:

Frage 1:

Warum wurden, trotz der geringen Zahl von nur sieben Bewerbern, nicht alle jene zu einem Hearing geladen, welche die erforderlichen Voraussetzungen erfüllten?

Frage 2:

Wie konnte man überhaupt feststellen, dass ein Bewerber die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt, wenn man ihn nicht einmal zu einem persönlichen Gespräch eingeladen hat?

Frage 3:

Nach welchen Kriterien und von wem wurde bestimmt, welche Bewerber an einem Hearing teilnehmen konnten und welche nicht?

Frage 4:

Aus welchen namentlich zu nennenden Personen setzte sich die Kommission zusammen, vor welcher diese Hearings abgehalten wurden?

Welches Kommissionsmitglied führte beispielsweise die Überprüfung der verlangten fachspezifischen Kenntnisse (Musikgeschichte usw.) durch?

Waren sie, sehr geehrter Herr Ing. Spanring, als ressortverantwortlicher Stadtrat für Kultur sowie für Personalangelegenheiten, bei diesem Hearing anwesend? Wenn nein, warum nicht?

Frage 5:

Entspricht es dem Selbstverständnis einer modernen und bürgernahen Verwaltung, dass Bewerber für eine Leitungsfunktion im Magistrat Steyr mehr als ein Vierteljahr lang im Ungewissen darüber gelassen werden, wie es nach dem Ende der Bewerbungsfrist mit ihrer Bewerbung weitergeht?

Entspricht es auch dem Selbstverständnis dieser Verwaltung, dass im Ablehnungsschreiben der Bewerber quasi verhöhnt wird, indem ihm - bei nur sieben eingegangenen Bewerbungen - mitgeteilt wird, dass er zwar die erforderlichen Voraussetzungen erfülle, aufgrund der Vielzahl der eingelangten Bewerbungen jedoch einem Mitbewerber der Vorzug gegeben wurde?

Frage 6:

Warum werden Bewerber mit Ende der Bewerbungsfrist nicht automatisch über das weitere Prozedere des Bewerbungsverfahrens informiert?

Ich bitte um Beantwortung dieser Fragen in der nächsten GR-Sitzung am 2. 12. 1999 und verbleibe mit freundlichen Grüßen ...“

Hiezu kann ich folgendes mitteilen:

Zu Frage 1)

Von den sieben eingelangten Bewerbungen wurden vier Bewerber zu einem Hearing eingeladen, drei Bewerber wurden von der Objektivierungskommission im Vorverfahren bereits ausgeschieden.

Zu Frage 2) und 3)

Die Bewerber um ausgeschriebene Stellen beim Magistrat der Stadt Steyr haben aufgelegte Bewerbungsbögen auszufüllen und durch eine Vielzahl von Unterlagen zu ergänzen. Bereits bei Durchsicht dieser Bewerbungsunterlagen kann seitens der Objektivierungskommission unschwer festgestellt werden, welche Bewerber als geeignet erscheinen und welche offensichtlich die erforderlichen Voraussetzungen nicht erfüllen, da diesen Bewerbungsbögen wie erwähnt sämtliche, die Qualifikation belegenden Unterlagen lückenlos anzuschließen sind. Die Objektivierungskommission ließ sich bei der Einladung der zum Hearing gebetenen Bewerber ausschließlich von der Qualität der vorgelegten Bewerbungsunterlagen leiten.

Zu Frage 4)

Die Objektivierungskommission beim Magistrat der Stadt Steyr besteht entsprechend einem diesbezüglichen Gemeinderatsbeschluss und auf Grundlage des OÖ Objektivierungsgesetzes aus drei Dienstgebervertretern, die dem Beamtenstande angehören müssen, und drei Dienstnehmervertretern, die der Personalvertretung angehören müssen. Namentlich sind dies in der Objektivierungskommission Herr Magistratsdirektor OSR Dr. Kurt Schmidl als Vorsitzender, Herr Magistratsdirektor-Stellvertreter PD SR Dr. Gerhard Alphasamer und der Leiter der Fachabteilung für Personalverwaltung OAR Hans Greinöcker als Dienstgebervertreter und seitens der Dienstnehmervertreter waren folgende Mitglieder der Begutachtungskommission anwesend: Der Vorsitzende der Personalvertretung beim Magistrat der Stadt Steyr, Herr OMR Mag. Erwin Schuster, der stellvertretende Vorsitzende der Personalvertretung beim Magistrat Steyr, Herr VB Günther Vollenhofer und Herr VOK Horst Rumpelsberger, als weiteres Mitglied der Personalvertretung.

Die Frage, welches Kommissionsmitglied die Überprüfung der verlangten fachspezifischen Kenntnisse wie z.B. Musikgeschichte durchführte, kann in einer öffentlichen Gemeinderatssitzung nicht beantwortet werden, da sämtliche Inhalte des Objektivierungsverfahrens einer besonderen Vertraulichkeit und Verschwiegenheit unterliegen, wie dies insbesondere in § 9 des OÖ Objektivierungsgesetzes ausgeführt ist.

Ich, als ressortverantwortlicher Stadtrat für Kultur und Personalangelegenheiten, habe bei diesem Hearing nicht teilgenommen. Ich wurde zwar vom Vorsitzenden der Objektivierungskommission eingeladen, während des Hearings anwesend zu sein, eine Anwesenheit bei der Abstimmung und Beschlussfassung ist seitens des Objektivierungsgesetzes von vornherein ausgeschlossen. Ich erachtete allerdings die Bestimmungen des OÖ Objektivierungsgesetzes, hinsichtlich der Zusammensetzung der Objektivierungskommission, für ausreichend und wollte die Intentionen dieses Gesetzes, die eine objektive Personalaufnahme unter Ausschluss jeglicher politischer Einflussnahme vorsieht, in keinsten Weise verändern, so dass für mich eine Teilnahme an diesem

Hearing aus dieser Erwägung als entbehrlich erschien.

Zu Frage 5)

Es wurde den Bewerbern um die ausgeschriebene Position des Leiters des Geschäftsbereiches VI Kultur, Bildung und Sport bereits bei Einreichen ihrer Bewerbungsunterlagen mitgeteilt, welches Prozedere im Magistrat der Stadt Steyr aufgrund des Objektivierungsgesetzes erforderlich ist, um zu einer endgültigen Entscheidungsfindung zu kommen und, dass diese Vorgangsweise, die gesetzlich eindeutig vorgegeben ist, einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen kann und auch wird. Die Verfahrensdauer war daher allen Bewerbern eindeutig bekannt.

Warum es seitens der Fragestellerin als „quasi Verhöhnung“ angesehen wird, einem Bewerber, der zwar auch die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt, jedoch bei der Besetzung der ausgeschriebenen Stelle nicht zum Zuge kam, diese Tatsache schriftlich mitzuteilen, um ihn, wie von der Fragestellerin in der vorherigen Frage auch gerade kritisiert, nicht noch länger im Ungewissen über die getroffene Entscheidung zu lassen, ist objektiv in keinster Weise nachvollziehbar und offensichtlich lediglich auf parteipolitisch leicht durchschaubare hintergründige Absichten der Fragestellerin zurückzuführen.

Zu Frage 6)

Ist darauf hinzuweisen, dass grundsätzlich anzunehmen ist, dass Bewerber, die sich um eine leitende Funktion im Magistrat der Stadt Steyr bewerben, sich auch einigermaßen mit den rechtlichen Vorschriften für eine derartige Bewerbung vertraut machen. Sollte dies jedoch nicht der Fall sein, haben sämtliche Bewerber die Möglichkeit, sich in der FA für Personalverwaltung über das weitere Prozedere hinsichtlich ihrer Bewerbung zu informieren. Die meisten wirklich an einer Bestellung interessierten Bewerber nehmen von dieser Möglichkeit auch Gebrauch. In aller Regel nehmen nur solche Bewerber von einer näheren Information Abstand, die die Bewerbung als bloße Formalbewerbung im Auftrag des Arbeitsmarktservices abgeben. Wirklich interessierte Bewerber erscheinen in der Regel auch zu einem persönlichen Gespräch, um sich von sich aus auch über das Anforderungsprofil und die näheren Tätigkeitsbereiche der ausgeschriebenen Stelle zu informieren und erkundigen sich bei dieser Gelegenheit auch gleich detailliert über das weitere Prozedere des Bewerbungsverganges. Bewerber, die von sich aus keinerlei Veranlassung sehen, nähere Informationen über die ausgeschriebene Stelle oder das Bewerbungsverfahren einzuholen, dokumentieren damit wohl von sich aus bereits ein gewisses Desinteresse an der ernsthaften Weiterbehandlung ihrer Bewerbung.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Zusatzfrage, Herr Ing. Spanring! Wer hat das Anforderungsprofil für den Geschäftsbereichsleiterposten erstellt?

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Das Anforderungsprofil liegt an und für sich fest. Wir haben ja auch schon früher Geschäftsbereichsleitungen im Kulturbereich gehabt. Es wurde natürlich aufgrund der vorhandenen Profile in dem Tätigkeitsbereich und im Hinblick auf die zeitgemäßen Erfordernisse adaptiert, erstellt.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Dieses Anforderungsprofil wurde aufgrund der vorhandenen Stellenbeschreibungen für die meisten Positionen, Aufgaben und Stellen in diesem Hause, erstellt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke für die Beantwortung dieser Fragen.

Zu den Mitteilungen des Bürgermeisters, darf ich über einige bedeutsame Ereignisse berichten.

Es wurde das Siegerprojekt für das Alten- und Pflegeheim Münichholz ermittelt. Und zwar am 8.11. wurde hier nach diesem geladenen Architektenwettbewerb von der Jury einhellig empfohlen, den Zuschlag der Architektengruppe „Team M“, aus Linz, zu geben. Wie sie wissen, umfasst die Planung nach wie vor 120 Betten, integrierte Tagesheimstätte, infrastrukturelle Einrichtungen, wie Friseur, Cafe etc. In unmittelbarer Nachbarschaft plant die WAG auch eine Wohnanlage für betreutes Wohnen zu errichten. Für die Verwirklichung des Projektes werden wir aus heutiger Sicht mindestens 180 Millionen Schilling benötigen. Es wird in der Zwischenzeit natürlich fortgefahren, die Planungen zu erstellen. Wir müssen das Ding baureif machen und gleichzeitig, parallel dazu, werden die Finanzverhandlungen mit dem Land OÖ zu führen sein. Der Baubeginn ist letztendlich auch davon abhängig, wann die Finanzierungsverhandlungen abgeschlossen werden können.

Wir haben eine Umfrage über die Einschätzung unserer städtischen Kinderbetreuungseinrichtungen, Kindergärten und Horte vorgenommen. Zu meiner, und ich glaube auch zu unserer Freude, können wir feststellen, dass das Ergebnis ein außerordentlich Gutes ist. Es wurde hier eigentlich ein sehr gutes Zeugnis ausgestellt. So bewerten unter anderem rund 90 Prozent der Befragten die Öffnungszeiten der städtischen Kindergärten und Horte, im Hinblick auf ihre Vereinbarkeit mit Familie und Beruf, mit sehr gut, oder eher gut. Die Journaldienstregelung in den Weihnachts- und Osterferien wird hier zu 80 % als sehr zufriedenstellend und zufriedenstellend betrachtet. Und auch die Ferienregelung im Sommer findet ebenfalls mit 70 % eine außerordentlich hohe Zustimmung. Gut bewertet, mit 80 bis 90 % Zufriedenheit (sehr gut oder gut), werden auch die räumlichen Gegebenheiten, was die Gruppenräume, Spielbereiche und Gärten anbelangt. Auch die Ausstattung mit Möbeln und Spielsachen wurde von mehr als 90 % als sehr gut oder gut bezeichnet. Ein dickes Lob enthält diese Studie auch für die Kindergärtnerinnen und Hortnerinnen. Die fachliche Qualifikation und soziale Kompetenz wird von mehr als 90 % sehr gut und gut eingeschätzt. Auch die Frage „Verantwortungsbewusstsein, Akzeptanz, Respektierung, Zusammenarbeitsfähigkeit“, wird ebenfalls als außerordentlich gut bezeichnet. Insgesamt ist hier bei 98 % der Befragten eine positive Einschätzung vorhanden, nur 2 % haben hier negative Gesamturteile abgegeben. Ich glaube, dass das ausgezeichnet ist, und möchte die Gelegenheit auch nutzen, um in unserem Gremium und auch vor allen Gemeinderäten, unseren Kindergärtnerinnen, Hortnerinnen und der Leitung, auch im Namen der Stadt herzlichen Dank auszusprechen.

Das neue Kinderschutzzentrum hat am 23. November in Steyr seinen Betrieb aufgenommen. Wie sie wissen, stammt dieses Konzept ja von der Frau Dr. Barbara Emhofer-Licka. Es wird hier damit zu rechnen sein, dass diese Einrichtung gut angenommen wird, dass wir in diesem Bereich kein Vakuum mehr haben, und wir mit Beratung und Therapie tätig werden können. Es wird sich nach einer gewissen Zeit auch als notwendig erweisen, einen Bericht zu bekommen, wie es angenommen wird, wie die Frequenzen sind, mit welchen Ergebnissen dort gearbeitet wird.

Positiv ist zu berichten, dass wir im Bereich der Personalaus- und -weiterbildung der beschäftigten Gemeindebediensteten einen Schritt gemacht haben. Es ist, glaube ich, ein beispielgebendes Projekt und gibt die Chance, sinnvoll die Synergien zu nutzen. Wir haben mit insgesamt 10 anderen

Kommunen einen Ring gebildet, um hier in diesem Weiterbildungs- und Personalentwicklungsbereich gemeinsam zu arbeiten. Wie sie wissen, haben wir bereits 1993 durch unsere Stabsstelle Personalentwicklung und Weiterbildung, mit unserem dort Verantwortlichen, Dr. Zöchling, die Initiative dazu gesetzt. Es hat sich in der Zwischenzeit eine gute Zusammenarbeit ergeben, und wir stellen fest, dass kleinere Gemeinden, die von sich aus solche Einrichtungen nicht realisieren könnten, sich sehr gerne eben dieser Einrichtungen bedienen, und dass das uns auch wirtschaftlich Vorteile bringt. Z. B. wird alleine in diesem Jahr mit einem Deckungsbeitrag von rund S 200.000,-- durch Beiträge anderer Gemeinden zu rechnen sein und dieser Deckungsbeitrag, der sich auch noch erhöhen kann, wird auch in Zukunft erwartet. Es ist also ein weiterer Bereich, wo Kommunen sinnvoll und kostensparend zusammenarbeiten können. Letztendlich ist es auch für uns ein Vorteil, weil wir natürlich einen Wissenstransfer von den Erfahrungen anderer Gemeinden positiv vermerken können.

Zum Schluss möchte ich noch kurz über das große Millenniums-Silvester-Spektakel berichten, weil man doch immer wieder hört, es wird vielleicht zuwenig, oder nichts geschehen. Es wird aber sehr wohl von einer ganzen Reihe von Fachleuten und Engagierten fleißig daran gearbeitet, ein Fest der Steyrer für die Steyrer zu organisieren. Eingeladen sind natürlich auch die Menschen aus unserer Umgebung. Die Megaparty wird um 22.00 Uhr am Stadtplatz beginnen. Es sind ein tolles Musik- und Showprogramm vorgesehen. Es wird ein einzigartiges Riesenfeuerwerk geben und für die Jugend ein Clubbing stattfinden, das sicherlich gerade diese Zielgruppe befriedigen wird, und hoffentlich nichts zu wünschen übrig lässt. Einmal in tausend Jahren wird man auch etwas lauter sein können. Es werden sich die in der Umgebung Befindlichen ohnehin an diesem Tag nicht so bald ins Bett begeben.

Ich möchte ebenfalls darauf hinweisen, dass wir heuer einen besonders schönen Christbaum, eine veredelte Blaufichte, am Stadtplatz haben. Sie ist, im Hinblick auf die in unserem Haus befindliche Bethlehem-Ausstellung, etwas früher aufgestellt worden. Ich möchte auch die Gelegenheit wahrnehmen, allen zu danken. Es ist erfreulich, wir haben insgesamt 12 Standorte von Weihnachtsbäumen in der Stadt, die unsere Gärtnerei aufgestellt hat, wobei alle, traditioneller Weise, von Steyrer Bürgern gespendet werden und diese besonders schöne Blaufichte am Stadtplatz wurde uns von Frau Paula Koller geschenkt. Frau Kollegin Mach hat sich auch schon öffentlich, bei der Eröffnung des Weihnachtsmarktes, bedankt. Der Weihnachtsmarkt sollte in diesem Kreise auch nicht untergehen, da er in einer sehr qualitätsvollen und erweiterten Weise wieder sehr positiv zum weihnachtlichen Geschehen in unserer Stadt beitragen wird. Ich möchte wirklich allen, die zum großen Teil auch ehrenamtlich und um Gottes Lohn, wie man so schön sagt, tätig sind, danke sagen.

Über die Wirtschafts- und Arbeitsmarktlage werde ich in der nächsten Sitzung berichten, weil die neuesten Zahlen noch nicht zur Verfügung stehen.

Ich bitte sie, die Beschlüsse des Stadtsenates, die mit den Unterlagen zum Gemeinderat zugegangen sind, zur Kenntnis zu nehmen.

Zur Behandlung unserer heutigen Verhandlungsgegenstände möchte ich den Vorsitz an die Kollegin Mach abgeben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich übernehme den Vorsitz und ersuche den Bürgermeister um seine Berichterstattung.

BE:BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Zusammenhang mit der Adaptierung des Museums Arbeitswelt haben wir eine Bedarfszuweisung des Landes im Ausmaß von S 1.000.000,- zu erwarten. Heute soll der Gemeinderat den Beschluss fassen, diese Bedarfszuweisung weiterzuleiten.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

1) Fin-65/99

Bedarfszuweisungsmittel für die Adaptierung des Museums Arbeitswelt; Weiterleitung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des Geschäftsbereiches für Finanzen vom 02. November 1999, wird der Weiterleitung der vom Land Oberösterreich gewährten Bedarfszuweisung in der Höhe von S 1.000.000,- nach dem Einlangen an den Verein Museum Arbeitswelt, Wehrgrabengasse 7, 4400 Steyr, für die Adaptierung des Museums Arbeitswelt zugestimmt. Des Weiteren wird dieser Vorgangsweise auch für die Folgejahre zugestimmt.

Zu diesem Zweck wird bei der VASSt 5/360000/777100 eine Kreditüberschreitung in der Höhe von S 1.000.000,- für das Rechnungsjahr 1999 genehmigt. Die Deckung der Kreditüberschreitung hat durch die Bedarfszuweisung in gleicher Höhe zu erfolgen. Für die Folgejahre sind entsprechende Beträge in den jeweiligen Voranschlägen aufzunehmen.

Ich bitte um Debatte bzw. Beschlussfassung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wünscht dazu jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Ist jemand gegen den Antrag? Wer übt Stimmenthaltung? Der Antrag wurde einstimmig angenommen. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der nächste Punkt betrifft den Nachtragsvoranschlag 1999. Er wurde bereits im zuständigen Ausschuss und im Stadtsenat beraten.

Es ergeht daher der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

2) Fin-110/99

Nachtragsvoranschlag 1999.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Der Beschluss des Gemeinderates der Stadt Steyr vom 10. Dezember 1998, Fin-100/98, womit der Voranschlag 1999 genehmigt wurde, wird im Sinne des beiliegenden Nachtragsvoranschlages für das Jahr 1999 wie folgt abgeändert:

1. Der ordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von S 973.597.000,--

auf

S 1.009.319.000,--

die Gesamtausgaben von S 973.597.000,--

auf

S 1.009.319.000,--

somit ausgeglichen

S 0,--

0/874100*

2. Der außerordentliche Haushalt

die Gesamteinnahmen von S 197.032.000,--

auf

S 228.636.000,--

die Gesamtausgaben von S 197.032.000,--

auf

S 228.636.000,--

somit ausgeglichen

S 0,--

Die übrigen Bestimmungen des Gemeinderatsbeschlusses vom 10. Dezember 1998 betreffend den Voranschlag für das Jahr 1999 bleiben unverändert. (Beilage)

Ich bitte um Debatte und Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Gibt es dazu eine Wortmeldung? Herr Stadtrat Eichhübl bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Frau Vizebürgermeisterin, werter Herr Bürgermeister, sehr geschätzte Damen und Herren des Gemeinderates, werter Vertreter eines öffentlichen Mediums. Selbstverständlich kann auch diesmal

der Nachtragsvoranschlag nicht als ein Endbericht gesehen werden, weil ja das Budgetjahr noch nicht abgelaufen ist, obwohl er diesmal etwas später, als sonst üblich, dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Trotzdem ist aber aufgrund dieses Nachtragsvoranschlages deutlich erkennbar, in welche Richtung dieses Finanzschiff steuert. Genaue Abweichungen vom Kurs wird der Rechnungsabschluss ja noch zum Ausdruck bringen, der ja ebenfalls dem Gemeinderat, wie ich annehme, im Frühjahr des nächsten Jahres, zur Beschlussfassung vorgelegt wird. Betrachtet man die Entwicklung des ordentlichen Haushaltes, und liest im Amtsbericht, dass der ursprünglich veranschlagte Abgang im ordentlichen Haushalt in Höhe von 7 Millionen Schilling, durch die gute Einnahmensituation und die restriktive Ausgabenpolitik, in einen Überschuss in Höhe von 6,3 Millionen Schilling umgewandelt werden konnte, dann könnte man wirklich fast in Freude und Euphorie ausbrechen. Aus der Sicht der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, ist dann diese Freude doch etwas getrübt, wenn man feststellt, dass weniger die restriktive Ausgabenpolitik, sondern vielmehr die höheren Einnahmen bei Tarifen und Gebühren, zur Verbesserung dieses ordentlichen Haushaltes geführt haben. Meine Damen und Herrn, das sind Gebühren die im Laufe der letzten Jahre, und auch gleich in einem Bereich für die Zukunft, kräftig angehoben wurden, z. B. die Kanalbenützungsgebühr und ihre Steigerung.

Am 26. 11. 1998 hat dieser Gemeinderat mit Stimmenmehrheit, allerdings nicht mit den Stimmen der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, folgendes beschlossen. Anhebung der Gebühr von S 24,50 pro m³ entsorgten Wassers, ausgehend vom Wasserverbrauch, auf S 27,50 ab 1. 1. 1999, und gleich, jetzt komme ich darauf zurück, weil ich von der Zukunft gesprochen habe, mit einer jährlichen Steigerung ab 1. 1. 2004, auf S 35,-- pro m³ entsorgten Wassers zuzüglich der 10 % Umsatzsteuer, wie sie, Frau Kollegin Frech damals angeführt haben, womit sie ja auch nicht Unrecht hatten.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, wir, von der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion, gehen nach wie vor davon aus, dass eine Erhöhung von Tarifen und Gebühren in der Höhe der Anhebung des Indexes, oder aufgrund fundierter Kalkulation, durchaus gerechtfertigt ist. Ich selbst habe ihnen heute noch einen Erhöhungsantrag im Wasserbereich zu bringen, der aber von diesen, von mir genannten Voraussetzungen, ausgeht. Die eklatante Anhebung der Kanalbenützungsgebühr entbehrte aber damals jeder dieser Grundlagen, und daher haben wir auch diese strikt abgelehnt.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, der außerordentliche Haushalt ist ja geprägt durch die Ausgabenabdeckung, die in folgender Form vor sich geht. Nämlich durch Darlehensaufnahmen von Finanzunternehmen insgesamt S 132.000.000,--, durch Vermögensveräußerung in Höhe von 6.300.000,--, durch Kapitaltransfers von S 43.700.000,--, aber auch eine Rücklagenentnahme in Höhe von S 46.500.000,--, und unter sonstiges sind S 100.000,-- hier im Amtsbericht vermerkt, was insgesamt S 228.600.000,-- ausmacht. Es ist aber auch nicht zu vergessen, dass durch diese Rücklagenentnahme der Rücklagenstand von S 142.486.000,-- am Ende dieses Jahres auf etwa S 108.314.000,-- absinken wird. Wobei die Ausgabenerhöhung des außerordentlichen Haushaltes in Höhe von S 31.600.000,--, vor allen Dingen durch Verschiebung von geplanten Vorhaben, aber auch durch Durchführung anderer Vorhaben als geplant, entstanden ist. Erlauben sie mir, dass ich auch hier einen Bereich, einen Aspekt, eine Position anspreche, und zwar die Position Museum Arbeitswelt, Projektförderung, dotiert mit S 1.000.000,--. Ich habe ja bereits im Stadtsenat darauf hingewiesen, dass man eigentlich unter Projektförderung versteht, wenn in diesem Museum Arbeitswelt eine Ausstellung durchgeführt wird und dann wäre es auch verständlich, dass diese Million Schilling aus dem Kulturbereich kommt. In Wahrheit geht es aber um 1 Million Schilling für entsprechende Umbau- und Adaptierungsmaßnahmen in diesem Bereich. Wir haben ja heute noch die Gelegenheit, am Ende dieser Tagesordnung, einen Antrag zu behandeln und auch darüber zu debattieren, wo es eben um diese 1 Million Schilling gehen wird, und ich darf vorweg sagen, nachdem sich einer meiner Fraktionskollegen zu diesem Antrag noch zu Wort melden wird, dass wir dieser 1 Million Schilling für das Museum Arbeitswelt, nicht die Zustimmung geben werden. Und zwar keineswegs deshalb, weil wir diese Institution in Frage stellen. Aber nicht nur wir, sondern auch Vertreter der anderen Fraktionen, haben schon mehrmals festgestellt, dass sie mit diesem

lockeren Umgang von Steuergeldern in diesem Bereich nicht einverstanden sind. Vor allen Dingen deshalb nicht einverstanden sind, weil an und für sich die Stadtgemeinde Steyr vor vollendete Tatsachen gestellt wird, dass diese Umbauarbeiten getätigt sind und erst dann hier im Gemeinderat, oder vorher in den Ausschüssen, darüber diskutiert wird und auch Beschlüsse dann verspätet nachgeholt werden müssen. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, abschließend darf ich zu diesem Nachtragsvoranschlag für 1999 namens der Freiheitlichen Fraktion feststellen, dass trotz der kritischen Äußerungen und Anmerkungen in jenen Bereichen, wo wir Freiheitlichen die Zustimmung nicht gegeben haben, es aber trotzdem erkennbar, feststellbar und nachvollziehbar ist, dass es eine Reihe von Positionen in diesem Nachtragsvoranschlag gibt, die wir Freiheitlichen antrags- und beschlussmäßig mitgetragen haben. Daher werden wir auch diesem Nachtragsvoranschlag heute die Zustimmung geben. Ich danke ihnen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke Herr Stadtrat. Als nächste zu Wort gemeldet ist Frau GR Frech.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Vertreter der Presse. Ja Herr Stadtrat Eichhübl, sie haben jetzt noch ganz schnell die Kurve gekratzt, weil eigentlich hätte man nach ihren Ausführungen vermuten müssen, dass die Freiheitliche Gemeinderatsfraktion diesem Nachtragsvoranschlag entweder nicht die Zustimmung gibt, oder sich enthält.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Das freut mich aber Frau Kollegin.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das wäre natürlich schlecht möglich gewesen, nachdem sie dem Budget zugestimmt haben. Ihren Ausführungen kann ich im Prinzip nur zustimmen, Kollege Eichhübl. Ich werde mir daher sparen auf die einzelnen Punkte, die sie bereits erwähnt haben, einzugehen. Ich kann mich natürlich hinstellen und sagen, Nachtragsvoranschlag verdeutlicht positive Budgetentwicklung, wie es in einer Aussendung der Magistrats-Pressestelle geschehen ist. Nur, wie gesagt, wenn man sich anschaut, dass ein Teil der Mehreinnahmen aus den Tariferhöhungen kommen, dann schaut es nicht mehr so positiv aus. Darauf ist der Kollege Eichhübl schon eingegangen. Ich möchte auf einen anderen Punkt weiter eingehen. Der Bürgermeister wird zitiert: „Der Nachtragsvoranschlag 1999 zeigt einmal mehr, dass wir nicht nur seriös budgetieren, sondern vor allem auch im Budgetvollzug eine sehr konsequente Linie verfolgen.“ Bei Letzterem gebe ich ihnen Recht, Herr Bürgermeister, sie verfolgen eine konsequente Linie. Und zwar die konsequente Linie, dass man sich hinstellt und sagt, wir haben Minderausgaben. Ja, das klingt gut. Nur warum haben wir diese Minderausgaben? Weil wir z. B. die Volksschule im Resthof, die budgetiert war, nicht bauen. Dann habe ich natürlich auf einen Schlag Minderausgaben von 8,4 Millionen Schilling. Wenn ich das Altenheim in diesem Jahr nicht mehr zu bauen beginne, wie eigentlich laut Budget vorgesehen, habe ich sofort 6 Millionen Schilling Minderausgaben. Wenn ich die Bezirkssporthalle nicht baue, habe ich sofort 1,5 Millionen Schilling Minderausgaben. Wenn ich am Leitnerberg den Straßenbau nicht mache, habe ich sofort

1,6 Millionen Schilling Minderausgaben. Klingt alles wunderbar. Aber wie gesagt, in dem ich Vorhaben, die eigentlich für dieses Jahr budgetiert waren, auf das nächste Jahr verschiebe, nächstes Jahr werden sie ja hoffentlich kommen, oder vielleicht im übernächsten Jahr, die Volksschule Resthof ist ja, wie man so hört, fürs Erste leider Gottes gestorben, dann schaut das nicht mehr so gut aus. Vordergründig haben sie, aufgrund der Kameralistik, eine Einsparung, aber einer genaueren Überprüfung hält das nicht ganz stand. Und es klingt auch wunderbar, ich bleibe jetzt nur einmal beim außerordentlichen Haushalt, wenn ich sage, ich habe Mehreinnahmen. Mehreinnahmen hat jeder gern. Nur wenn ich mir anschau, dass diese Mehreinnahmen zu 41 Millionen Schilling aus Darlehensaufnahmen stammen, und zu 10,4 Millionen Schilling aus Rücklagenentnahmen, dann sind das wirklich nicht positive Entwicklungen. Dessen ungeachtet, sie wissen, ich war die Einzige die beim Budget 1999 die Zustimmung verweigert hat, ich verweigere auch diesem Nachtragsvoranschlag die Zustimmung, weil ich diese, vom Herrn Bürgermeister als konsequent bezeichnete Linie, nicht mittragen möchte.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ebenfalls sehr konsequent.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Meine Damen und Herren, wünscht noch jemand das Wort? Herr StR Mayrhofer bitte.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Meine sehr geehrten Damen und Herren. Der Kollege Eichhübl hat es schon angesprochen, wir haben uns beide im Stadtsenat gegen die Projektförderung des Museums Arbeitswelt ausgesprochen. Wir werden heute, bei dem entsprechenden Antrag, auch dazu Stellung nehmen. Wir verweigern uns nicht dem Nachtragsvoranschlag, das möchte ich betonen. Ich möchte vor allem eines noch zur Kollegin Frech sagen. Dass diese Minderausgaben, die sie hier fast wie einen Vorwurf anbringen, heuer nicht verwendet wurden, das ist ja nicht unbedingt die Schuld der Stadt, wenn von Landesseite her keinerlei Budgetmittel da sind, um diese Vorhaben finanzieren zu können, die für die Stadt Steyr sehr wichtig sind, und darum haben wir sie ja auch im Budget drinnen. Wenn wir wissen, dass erst 2004 die notwendigen Mittel für die Resthofscheule da sind, und auch bei der Bezirkssporthalle und dem Alten- und Pflegeheim Münchenholz ist es ähnlich, dann ist auch klar, dass wir nicht 3 Projekte gleichzeitig vorfinanzieren können. Aber ich glaube, deswegen einem Budget oder Nachtragsvoranschlag einen Vorwurf zu machen, ist etwas sehr weit hergeholt. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Wünscht noch jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Schlusswort Herr Referent.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren. Ich möchte eigentlich nur ganz kurz darauf hinweisen, dass der

Nachtragsvoranschlag ja in Wirklichkeit die Aufgabenstellung hat, das Budget im Gleichgewicht zu halten, was den Vollzug anbelangt. Nachdem es hier viele Tausende Positionen gibt, und wir mit Präliminaries arbeiten müssen, das heißt mit Vorausschauen, so genau, so sorgfältig als möglich, möchte ich einmal sagen, dass es uns gerade in den letzten 3 bis 4 Jahren gelungen ist, außerordentlich präzise die Zahlen am Ende des Jahres in der Realisierung und nach Rechnungsabschluss darzustellen, wie wir auch budgetiert haben. Das ist nämlich im Wesentlichen das Entscheidende, ein Budget zu machen, das am Schluss in seinen Zahlen hält. Wenn ich auf weitere positive Eckpunkte hingehe, dann sage ich zum Unterschied von eurer getrüben Freude, freut man sich überall in der gesamten Wirtschaft über Einnahmensteigerungen. Die Einnahmensteigerungen in der Wirtschaft treten meistens zu Tage, indem man entweder höhere Umsätze macht, oder aber vor allen Dingen eine gute Preisqualität am Markt um- und durchsetzen kann. Daher muss man das, von dieser Warte her, schon auch sehen. Und es sind ja Dienstleistungen, die wir anbieten und verkaufen. Wir müssen dabei auch durchaus konkurrenzfähig sein. Es ist ja nicht so, dass wir aus Jux und Tollerei irgendwelche Kanal- oder sonstige Gebühren festlegen, sondern hier gibt es ja Landesrichtlinien, Beschlüsse, Verordnungen und Empfehlungen, sodass wir hier, auch im Ranking mit den anderen Kommunen, an einem Platz liegen, der sich durchaus sehen lassen kann.

Ich möchte auf das Thema Museum Arbeitswelt nicht besonders eingehen, da haben wir ja noch die Gelegenheit, eine Spezialdebatte durchzuführen.

Am meisten freut es mich aber schon, dass sich auch dieses Mal im Nachtragsvoranschlag abzeichnet, dass unsere Gesamtschulden weiterhin eine sinkende Tendenz haben. Das ist ein entscheidender Punkt. Nicht weil ich glaube, dass sie nicht wieder steigen werden, sie werden sogar steigen müssen, wenn wir diese 4 oder 5 mächtigen Projekte, die anstehen, die unsere Finanzlage sicherlich auf das Äußerste beanspruchen werden, in Gang bringen. Daher bin ich froh, dass wir diese Atempause auch nachhaltig, und zwar über Jahre hinweg, nutzen, um die Luft zu haben, diese großen Projekte dann in Gang zu bringen, die wir in Etappen finanzieren müssen. So wie es auch alle anderen tun. Wenn ich mich so im Vergleich sehe, mit anderen Städten, solche, die man als vorbildlich bezeichnen muss, und auf die man immer ein bisschen neidisch hingeschaut hat, dann tritt bei denen momentan eine eher umgekehrte Situation ein. Da bin ich froh, dass wir uns hier auf einem guten Weg befinden, und ich gehe davon aus, dass wir ziemlich exakt die Budgetzahlen beim Abschluss errechnen werden, vielleicht mit einer schwarzen Null, vielleicht ein bisschen darüber. Das ist aber ein Kompliment im Hinblick auf die Präliminaries, die wir vor fast einem Jahr beschlossen haben.

Ich bitte um ihre Zustimmung.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand (SPÖ, FPÖ, ÖVP, GAL). Wer ist dagegen? 1 Gegenstimme (LIF). Übt jemand Stimmenthaltung? Der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen. Danke.

Ich gebe den Vorsitz an den Bürgermeister zurück.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ich übernehme den Vorsitz und ersuche die Kollegin Mach um ihren Antrag.

BE:VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätzte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werte Presse.

In meinem Antrag heute geht es um die jährliche Subvention für „Pro mente infirmis“.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

3) Fin-207/99

„Pro mente infirmis“ - Atrium Steyr, Subvention 1999.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Soziales vom 3. November 1999 wird dem Verein „Pro mente infirmis“ im Zusammenhang mit der Führung des „ATRIUM Steyr“, Gleinkergasse 21 sowie Schuhbodengasse 7, für das laufende Haushaltsjahr zur Deckung des gesamten Mietaufwandes, bzw. 50 Prozent der Betriebskosten, eine einmalige, außerordentliche, nicht rückzahlbare Subvention in Höhe von

S 400.000,--

(Schilling vierhunderttausend)

gewährt.

Die hierfür erforderlichen Mittel im Ausmaß von S 400.000,-- werden bei der VASSt. 1/4130/757000 freigegeben.

Ich ersuche um ihre Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher zur Abstimmung.

Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. Ist jemand dagegen? Übt jemand Stimmenthaltung? Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Nächster Berichterstatter ist Kollege Eichhübl.

BE:STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Der erste Antrag, den ich vorzutragen habe, betrifft den Städt. Verkehrsbetrieb, nämlich die Einbindung der Studierenden an Fachhochschulen in das Tarifsystem des Verkehrsbetriebes. Diese Thematik, so steht es auch im

Amtsbericht, wurde sehr ausführlich im zuständigen Ausschuss diskutiert und auch dieser Vorschlag wurde gutgeheißen. Meine Damen und Herren, ich darf sie darauf aufmerksam machen, das habe ich auch bereits im Stadtsenat gemacht, auf Seite 2 ist nämlich ein Fehler im Amtsbericht. Und zwar ziemlich am Ende dieser Seite 2 wird auf die normale Monatskarte Steyr Bezug genommen, und da steht Tarif

S 340,-- und das müsste Tarif S 350,-- heißen und der Prozentsatz erhöht sich dann auf 42,8 %, was aber natürlich keinerlei Einfluss auf den Antragstext, oder den Antrag an und für sich, hat. Ich bitte sie, diesen Fehler zu berichtigen, und zur Kenntnis zu nehmen.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

4) Stw-98/99

Städt. Verkehrsbetrieb; Einbindung der Studierenden an Fachhochschulen in Tarifsysteem Verkehrsbetrieb.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Direktion der Stadtwerke Steyr vom 17. 11. 1999 über die Einbindung der Studierenden an Fachhochschulen in das Tarifsysteem Stadtbuss Steyr mit Wirksamkeitsbeginn 01. 03. 2000 durch Einführung einer Semesterkarte für 4 Monate (gültig ab Semesterbeginn) bis zum vollendeten 27. Lebensjahr zum Abgabepreis von S 800,-- (inkl. 10 % Ust) wird vorbehaltlich der Förderung durch das BM für Familie und durch den OÖVV (gemeinsam S 320,-- inkl. 10 % Ust) zugestimmt.

Durch die Stadt Steyr wird dieser Studentenfahrschein mit S 480,-- (inkl. 10 % Ust) zusätzlich gefördert. Bei 200 Studenten ist daher mit rund S 192.000,-- Jahresaufwand zu rechnen.

Bevor der Herr Bürgermeister die Debatte bzw. die Abstimmung durchführt, darf ich vielleicht noch hinzufügen, dass durchaus damit zu rechnen ist, dass wir von Seiten des Bundesministeriums und auch vom OÖVV eine entsprechende Förderung erhalten, wenn die Stadt Steyr einen entsprechenden Beitrag dazu leistet. Ich darf sie also bitten, diesem Antrag die Zustimmung zu geben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals für diese Antragsstellung. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen. Nr. 5) bitte.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Meine Damen und Herren, der zweite Antrag wurde ja von mir bereits angekündigt. Und zwar geht es um die Wassergebührenordnung, nämlich die im Amtsbericht angeführte Tarifierhebung in zwei Bereichen. Im ersten Teil soll die Wasserleitungsanschlussgebühr um den Verbraucherpreisindex erhöht werden, umgerechnet etwa 0,45 %. Ich glaube ich kann mir die einzelnen Positionen, was die Anschlussnennweiten betrifft, ersparen. Der zweite Teil dieses Antrages bezieht sich auf die Wasserbezugsgebühr. Da ist aufgrund einer betriebswirtschaftlichen Berechnung und Kalkulation festgestellt worden, dass der nunmehrige Wasserbezugspreis pro Kubikmeter von S 11,60 um S 0,40 erhöht werden soll. Darin sind aber, so steht es auch im Amtsbericht, die S 2,20 für die Reinhaltungsgebühr nicht enthalten, die ja bekanntlich dem Wasserpreis zugeschlagen

werden.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass dieser Erhöhungsantrag nicht angenehm ist. Ich glaube aber trotzdem, dass dieser Antrag gerechtfertigt ist, weil es einerseits bei der Anschlussgebühr um eine Indexpreisanhebung geht, und andererseits weil es bei der Wasserbezugsgebühr um eine Anhebung aufgrund einer Kalkulation geht.

5) Stw-90/96

Wassergebührenordnung; Änderung zum 1. 1. 2000.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für öffentliche Rechtsangelegenheiten und Verfassungsdienst vom 9. November 1999 wird die in der Anlage beigeschlossene Verordnung, betreffend die Änderung der Wassergebührenordnung der Stadt Steyr, genehmigt.

Die Verordnung tritt am 1. 1. 2000 in Kraft und ist durch einen zweiwöchigen Anschlag an den Amtstafeln der Stadt Steyr kundzumachen.

Herr Bürgermeister ich darf sie bitten, über meinen Antrag die Diskussion bzw. Abstimmung durchzuführen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht das Wort? Frau Kollegin Frech bitte sehr.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, werter Vertreter der Presse. Ja Herr Kollege Eichhübl, in einem Punkt kann ich ihnen Recht geben. Mit der Wasserleitungsanschlussgebühr, indexangepasst, kann man leben, das ist überhaupt kein Thema. Der zweite Punkt, wo ich bereits im Vorjahr dagegen gestimmt habe, ist die Erhöhung der Wasserbezugsgebühr. Ich sehe es nicht ein, dass man seitens der Landesregierung einen Beschluss fällt, wo man mit 1998 bereits die jährlichen Steigerungsraten von jeweils mindestens S 0,50 netto pro Kubikmeter und Jahr bis ins Jahr 2004 festlegt. Weil ich kann zu dem Zeitpunkt noch gar nicht wissen, wie sich die Kostensituation entwickelt. Das war auch im letzten Jahr der Grund für mich dagegen zu stimmen. Ich bitte sie ebenfalls zu berücksichtigen, was im Amtsbericht nicht vorkommt, dass diese Beträge, die sie sehen, netto sind. Herr Kollege Eichhübl, sie werden mir das bestätigen können, dass diese Beträge, die hier angegeben sind, Nettobeträge sind. Das heißt, den Endverbraucher trifft die Erhöhung nicht mit S 14,20 pro Kubikmeter, sondern mit S 15,62.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Das ist bei allen Tarifanträgen so.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Das ist bei allen Tarifanträgen so? Na ja, das steht nicht dabei und ist nicht so offensichtlich. Das heißt, wir werden wahrscheinlich im Jahr 2004 irgendwo bei S 20,--/m³ brutto sein und ich denke mir, das ist eigentlich eine Entwicklung die sicherlich auch den Endverbraucher trifft. Aus diesem Grund, weil ich wie gesagt mit dieser Landesgesetzgebung nicht einverstanden bin, die wir im Weiteren dann vollziehen, werde ich mich bei diesem Antrag der Stimme enthalten, für den ersten Punkt hätten sie meine Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um das Schlusswort Herr Referent.

STADTRAT ROMAN EICHHÜBL:

Ich habe bereits angekündigt, dass ich das Thema Wasserversorgung bei der Budgetdebatte sehr ausführlich behandeln werde und verzichte daher auf ein längeres Schlusswort.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den bitte ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? 1 Stimmenthaltung (LIF). Der Antrag ist mit überwiegender Mehrheit angenommen. Ich danke dem Kollegen Eichhübl. Nächster Berichterstatter, Herr Stadtrat Mayrhofer bitte.

BE:STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Sehr geehrte Damen und Herren, geschätztes Präsidium. Um diese Zeit bin ich eigentlich noch nie mit meinen Anträgen hier draußen gestanden.

Gelächter

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich werde versuchen, es auch in derselben Kürze zu machen.

Der erste Antrag bezieht sich auf eine Bebauungsplanänderung, um eine Aufhebung des Bebauungsplanes in der Ennser Straße. Und zwar in dem Gebiet der Firma Knöbl, Mitterhuemer, Ennsthaler, Hartlauer. Dieser Bebauungsplan entspricht nicht mehr den Gegebenheiten der heutigen Zeit, und es wurde daher von der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung der Antrag gestellt, diesen Bebauungsplan Nr. 46 - „Ennser Straße“ - Änderung Nr. 10, aufzuheben. Ich ersuche um Zustimmung.

6) BauGru-15/99

Bebauungsplanänderung Nr. 46 - „Ennser Straße“ - Änderung Nr. 10; Aufhebung.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Gegenständliche Bebauungsplanänderung Nr. 46 - „Ennser Straße“, Änderung Nr. 10 - Aufhebung - wird entsprechend den Plänen der Fachabteilung Stadtentwicklung und Stadtplanung des Magistrates der Stadt Steyr vom 15. März 1999, sowie nach Maßgabe des Amtsberichtes der Fachabteilung Baurechtsangelegenheiten vom 8. November 1999 gemäß § 33 und 36 des OÖ. Raumordnungsgesetzes, LGB1. Nr. 114/1993 idgG., beschlossen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es eine Wortmeldung? Herr Kollege Stieglitz bitte.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Sehr geehrte Damen und Herren. Zu diesem Antrag möchte ich gleich vorwegschicken, dass ich dem Antrag auch die Zustimmung gebe. In Zukunft würde ich mir aber eine andere Vorgangsweise wünschen. Ein Bebauungsplan ist dazu da, und ich sage das immer wieder, dass man langfristig vorausschaut, und auch die städtebauliche Architektur sichert. Das ist genau hier nicht der Fall gewesen. Wenn ich lese, achtmal wurde abgeändert, dann muss ich schon vorhalten, da passt irgendetwas nicht, da wurden gravierende Fehler gemacht. Jetzt diese Vorgangsweise, dass der Bebauungsplan für 16 ha einfach aufgehoben wird, das ist an und für sich auch nicht üblich. Üblich ist, dass ein Bebauungsplan dann aufgehoben wird, wenn schon ein neuer am Tisch liegt, der schon beschlussfähig ist. Was machen wir jetzt? Wir heben den auf, führen alles der OÖ. Bauordnung wieder zu, und müssen erst wieder einen neuen entwerfen.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Dann brauchen wir keinen mehr.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Im Grunde genommen brauchen wir keinen, da hast du Recht. Also, zukünftige Vorgangsweise wäre, wenn wir einen Bebauungsplan aufheben, dass wir einen beschlussfähigen Bebauungsplan wieder auf dem Tisch haben. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um das Schlusswort Herr Referent.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Danke. Ein Bebauungsplan hat eine Dauer, die nicht absolut langfristig ist, und man versucht natürlich auf die Gegebenheiten einzugehen. Wir tun uns natürlich leichter, wenn das ein geschlossenes Siedlungsgebiet ist, weil der Bebauungsplan gibt ja alles im Detail vor, Baufluchtlinien, Höhen, Dachneigung, welche Art von Dach, Abstandsbestimmungen usw. In dem Fall hier, und darum wurden in den letzten 8 Jahren bereits ständig Abänderungen gemacht, ist es ein Gewerbegebiet. Und in einem Gewerbegebiet funktioniert es einfach nicht, dass man im Voraus schon die Notwendigkeiten für die Entwicklung eines Betriebes voraussehen kann.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Das stimmt aber nicht!

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Das ist der Grund, warum man auch hier generell überlegt und gesagt hat, es ist nicht zeitgemäß, den jetzt dort bestehenden Bebauungsplan aufrecht zu erhalten und es ist auch nicht sinnvoll in diesem Gebiet einen neuen Bebauungsplan zu machen. Das liegt dahinter. Wir haben in letzter Zeit, damit meine ich in dieser Periode, mittlerweile 4 Bebauungspläne aufgehoben, weil sie eben wirklich nicht mehr zeitgerecht waren, und in den meisten Fällen auch ohne einen neuen Bebauungsplan wieder zu etablieren. In den meisten Fällen kommt man im städtischen Gebiet mit den gesetzlichen Grundlagen aus, auch ohne Bebauungsplan. Nur in speziellen Fällen ist es wirklich notwendig, dass man das restriktive Mittel eines Bebauungsplanes auch aufrecht erhält. Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wir kommen zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist hiermit einstimmig angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag bezieht sich auf eine Subvention für den Ausstellungsverein Steyr, für den Christkindlmarkt auf der Promenade. Der Ausstellungsverein hat für den Christkindlmarkt Ausgaben in der Höhe von insgesamt S 1.000.000,--. Da die Rechnungen mittlerweile schon vorliegen wird wegen Dringlichkeit ersucht, eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 500.000,-- zu genehmigen.

Es ergeht der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat:

7) Fin-154/99

Christkindlmarkt Promenade; Ausstellungsverein Steyr; Bauvorhaben; Subvention.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Die Bürgermeisterverfügung vom 22. 7. 1999, womit gem. § 49 Abs. 7 StS 1992 wegen Dringlichkeit Nachstehendes verfügt wurde, wird genehmigt:

Wegen Dringlichkeit wird der Förderung des Ausstellungsvereines Steyr, betreffend das Umbauvorhaben für den Christkindlmarkt Promenade, in Höhe von insgesamt 1 Mio. Schilling zugestimmt.

Diese Förderung wird in zwei gleichen Raten in den Jahren 1999 und 2000 ausbezahlt.

Hinsichtlich der Rate für 1999 wird eine Kreditüberschreitung im Ausmaß von S 500.000,-- bei der Voranschlagsstelle 1/8280/777000 (Kapitaltransferzahlungen an Private) bewilligt.

Die Deckung dieser Kreditüberschreitung hat durch Mehreinnahmen bei den allgemeinen Deckungsmitteln zu erfolgen.

Ich ersuche um Zustimmung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wer wünscht das Wort? Frau Kollegin Frech bitte. Kollege Payrleithner in Vorbereitung.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Vertreter der Presse. Eingangs möchte ich vorausschicken, dass ich natürlich hoch erfreut bin, dass es jetzt einen sehr schönen und zauberhaften Christkindlmarkt in Steyr gibt. Ich denke, er wird jetzt unserem Ruf als Christkindlstadt auch gerecht, und wir haben uns endgültig von diesen eher peinlichen Angelegenheiten in den früheren Jahren verabschiedet. Dessen ungeachtet, möchte ich aber trotzdem einiges an Kritik anbringen. Und zwar verwundert es mich schon etwas, wenn jemand, der selbst im Gemeinderat sitzt, und als Obmann dieses Ausstellungsvereines um eine Subvention ansucht, scheinbar die zeitlichen Abstimmungen nicht kennt. Wie sie lesen, ist am Amtsbericht das Datum 21. Juli 1999 oben. Ich gehe an sich davon aus, dass man bereits zum Ende des letzten Jahres gewusst hat, dass der Christkindlmarkt wieder stattfinden wird und dass man dafür auch eine bessere Beleuchtung braucht. Das heißt, man hätte dieses Ansuchen ja vor dem Sommer stellen können, damit es auch vor dem Sommer zeitgerecht in die Gremien kommt. Dass im Juli keine Gemeinderatsitzung stattfindet, weiß man als Gemeinderat, dass sie im August auch nicht stattfindet, das weiß man ebenfalls. Aufgrund dessen, war bereits im Amtsbericht zu lesen, dass aufgrund der Dringlichkeit die nächste Gemeinderatssitzung nicht abgewartet werden kann, und deshalb eine Bürgermeisterverfügung erforderlich ist. Ich habe schon sehr oft in diesen Räumlichkeiten gesagt, ich habe es langsam satt, dass der Gemeinderat immer wieder dazu missbraucht wird, dass er im Nachhinein Beschlüsse mittragen soll, wo eigentlich schon alles gelaufen ist. Die Beleuchtung hängt schon, es ist alles vorbei, der Gemeinderat muss nur im Nachhinein sein Pfötchen heben. Das sehe ich als Missachtung des Gemeinderates, vor allem in der Häufigkeit wo das hier herinnen passiert, und wo es nicht notwendig ist. Geschätzter Herr Kollege Mayrhofer, ich denke mir, es wäre möglich gewesen, diesen Antrag zeitgerechter einzubringen, damit er tatsächlich zum rechten Zeitpunkt durch die Gremien laufen kann. Ein weiterer Punkt, der mich dann erstaunt hat. Wenn man das schon mit Dringlichkeit macht, sollte man schon vorher in einem Gremium darüber reden. Es sind

immerhin S 500.000,--, insgesamt sind es 1 Mio. Schilling, verteilt auf 1999 und 2000, und ich denke mir, über 1 Mio. Schilling sollt man doch reden. Egal ob man dafür ist oder nicht. Ich bin dafür, aber ich möchte trotzdem vorher informiert werden, und die Gremien damit behandelt wissen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wir haben eh geredet.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ja, dann hat es aber sehr wohl nach dem 21. 7. 1999 einen Gemeinderat gegeben, nämlich am 23. 9. 1999. Da hätte dieser Antrag ja reinkommen können. Da war er aber wieder nicht drinnen. Dann hat es am 4. 11. 1999 einen Gemeinderat gegeben, da hätte man diesen Antrag ebenfalls hineinbringen können, er war aber wieder nicht da. Jetzt habe ich am Amt gefragt, warum er nicht hineingekommen ist. Da ist mir erklärt worden, weil der zuständige Sachbearbeiter zuerst auf Kur und dann auf Urlaub war. Ich denke mir, es sei ihm die Kur und der Urlaub gegönnt, aber es muss doch dann andere Personen geben, die Anträge weiterleiten; damit wirklich in Zukunft nicht etwas, was bereits vor einem halben Jahr passiert ist, im Nachhinein den Gemeinderat passiert. Da würde ich sie bitten, Herr Kollege Mayrhofer, auch ihriges dazu beizutragen, dass dieses demokratisch legitimierte Gremium nicht zu einem Pseudogremium verkommt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zu Wort gemeldet hat sich Herr Kollege Payrleithner.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Die Verlegung des Christkindlmarktes vom Stadtplatz, der dort eigentlich diesen Namen nicht verdient hat, auf die Promenade, hat sich nicht nur als richtig erwiesen, sondern ist, glaube ich, ein voller Erfolg. Über den guten Besuch auf der Promenade, werden sich inzwischen sicher die meisten Mitglieder des Gemeinderates überzeugt haben können. Ich glaube auch, dass diese Investition in die Infrastruktur eine Gute ist, die uns auch in der Zukunft, vor allem beim Fremdenverkehr, noch einiges bringen wird. Ich möchte nur eine Bemerkung an den Tourismusobmann machen, für den Tourismus sind sie ja auch zuständig Herr Stadtrat. Und zwar ist mir aufgefallen, dass die Öffnungszeiten der Weihnachtsausstellung im Schloss Lamberg, die ja auch über eine hervorragende Qualität verfügt, und schon seit 10 Jahren stattfindet, und die Öffnungszeiten des Christkindlmarktes auf der Promenade, meiner Meinung nach agglutiert gehört. Ich glaube, dass es für die Besucher besser wäre, wenn man hier einheitliche Schließungszeiten vorfindet. Mir ist aufgefallen, dass das von den Besuchern nicht goutiert wurde. Vielleicht kann man das dann zumindest für das nächste Jahr auf ein einheitliches Niveau bringen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Gibt es weitere Wortmeldungen? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um das Schlusswort Herr Referent.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Liebe Kollegin Frech. Man konnte natürlich voraussehen, dass auch heuer Weihnachten wieder im Dezember ist, da gebe ich ihnen auch vollkommen Recht. Was man im Detail nicht voraussehen konnte, waren natürlich die Kosten dieser Maßnahmen, die vorgenommen wurden. Ich darf sie beruhigen, die Rechnungen sind erst Ende Oktober, bis in den November, eingegangen. Diese Rechnungen, die von der Ausstellungsgemeinschaft vorfinanziert wurden, wurden an die Finanzabteilung weitergereicht, mit dem Ersuchen sie mittels einer Subvention wieder an uns zu refundieren. Die Mittel wurden ausschließlich dazu verwendet, um in die Infrastruktur zu investieren. Das heißt, nachdem wir voriges Jahr den elektrischen Strom mit einem Diesellaggregat gemacht haben, und es massive Proteste von den Anrainern gegeben hat, haben wir die Struktur der elektrischen Anlagen auf der Promenade gemacht. Vor allem wurde auch eine Erweiterung des Marktes vorgenommen. Auch das Ausmaß der Erweiterung, das heißt, wie weit wir jetzt wirklich kommen, ist natürlich von der Anzahl der Teilnehmer abhängig gewesen. Wir konnten noch nicht einmal im Sommer schon absehen, dass tatsächlich über 50 Aussteller auf diesem Christkindmarkt teilnehmen werden. Wir haben uns natürlich sehr darüber gefreut, aber das hat auch dazu geführt, dass wir der Fachabteilung kurzfristig dann auch noch sagen mussten, wir brauchen noch mehr, wir kommen bis zum Wetterhäuschen. Und das haben wir eigentlich wirklich nicht in dem Ausmaß voraussehen können. Die Dringlichkeit ist auch deswegen erfolgt, damit es heuer auch noch zur Übertragung kommt. Sie können mir schon glauben, dass es natürlich auch im Interesse des Ausstellungsvereines ist, der in Vorlage getreten ist, dass er möglichst bald seine finanziellen Mittel auch bekommt. Ich hoffe, dass ich das damit ein bisschen beantworten konnte. Zu den Ausführungen des Kollegen Payrleithner, hier gebe ich ihnen vollkommen Recht, mir wäre es auch lieber, wenn wir einheitliche Öffnungszeiten hätten. Die Organisatorin der Ausstellung im Schloss, die Frau Gaumberger, ist allerdings nicht bereit, die Ausstellung länger offen zu halten. Wir haben, gegenüber dem Vorjahr, den Markt bereits um 1 Stunde zurückgenommen, das heißt, wir haben jetzt nur mehr bis 19.00 Uhr bzw. für die gastronomischen Stände bis 20.00 Uhr geöffnet. Wir glauben allerdings, dass es notwendig ist bis 19.00 Uhr offen zu halten, weil auch sehr viele Gäste vorher die Ausstellung, die bis 18.00 Uhr offen ist, besuchen und dann auch noch durch den Adventmarkt gehen möchten und dort auch noch etwas konsumieren wollen. Das heißt, ich bin mir nicht sicher, ob es uns möglich ist, nächstes Jahr die Aussteller im Schloss dazu zu bringen, bis 19.00 Uhr offen zu halten. Ich halte es aber auch nicht für gescheit, den Markt um 18.00 Uhr zu schließen.

Ich ersuche um Zustimmung für diesen Antrag.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Danke. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Der nächste Antrag bezieht sich auf die Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther“. Wir haben im Vorjahr beschlossen, dass wir jährlich an maximal 3 Hausbesitzer, die sich besonders für die Renovierung und Instandsetzung ihrer denkmalgeschützten Objekte verdient machen, die

Auszeichnung des „Steyrer Panthers“ aussprechen. Die Verleihung wird morgen Vormittag sein und wird an 3 Familien bzw. Personen gehen. Das Erste ist das Objekt Stadtplatz 11, ihnen vielleicht als „Arabia“ besser bekannt, an die Familie Brigitte und Herbert Glantschnig-Eidenberger. Das Zweite Objekt ist die Hausgemeinschaft Hiesleitner-Lang, das ist das Stalzerhaus neben dem Bummerlhaus, wo die Mayrstiege hinaufgeht und wo die Firma Optik Fenzl ist. Die Dritte Person ist für sein wirklich herausragendes Engagement für den Denkmalschutz bekannt, der Pfarrer der Vorstadtpfarre Dr. Alexander Kronsteiner.

Ich ersuche um Zustimmung für diesen Antrag.

8) K-1/99

Verleihung des Ehrenzeichens „Steyrer Panther 1998“; Auszeichnung der Stadt Steyr für besondere Verdienste in der Denkmalpflege.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Folgende Personen, die sich besonders für die Pflege und Erhaltung von Baudenkmalern in der Stadt Steyr einsetzen und Außergewöhnliches für die Altstadterhaltung, Denkmalpflege und Stadterneuerung geleistet haben, wird als Anerkennung das Ehrenzeichen „Steyrer Panther“ verliehen.

1. Auszeichnung „Steyrer Panther“ für Hauseigentümer:

Gemäß III Abs. 1 der Richtlinien werden genannt:

1.1 Familie Brigitte und Herbert Glantschnig-Eidenberger, Objekt Stadtplatz 11

Durch eine umfangreiche Befunderhebung im Arkadenhof des Hauses Stadtplatz 11 konnten wertvolle Sgraffittomalereien aus dem Jahre 1611 entdeckt werden. In schwieriger Restaurierarbeit konnten diese gefestigt und freigelegt werden. Die Farbfassung des Hofes wurde auf die des Jahres 1611 abgestimmt und zeigt das Bild des 17. Jahrhunderts, in der die Stadt fast zur Gänze diese Farbabstimmung aufwies.

1.2 Hausgemeinschaft Hiesleitner-Lang, Objekt Stadtplatz 34

Die Hausgemeinschaft Hiesleitner-Lang erhält die Auszeichnung für die vorbildlichen Erhaltungs- und Reparaturmaßnahmen, die jährlich am Haus Stadtplatz 34 durchgeführt werden. Besonders gelungen ist die Freilegung historischer Putze an der Fassade entlang der Mayrstiege. Bei der Freilegung konnten neben Putzen, die bis in das Mittelalter reichen, Scheinfenster mit eingeritzten und polychrom gefassten Putzenscheiben, entdeckt werden. Durch diese Restaurierungsarbeiten gelang es, die Wegverbindung vom Stadtplatz zur Berggasse wesentlich aufzuwerten.

2. Auszeichnung „Steyrer Panther“ für praktische, bzw. theoretische herausragende Leistungen:

2.1 Dr. Alexander Kronsteiner

Herr Dr. Kronsteiner hat mit seinem Einsatz zur Restaurierung der Michaelerkirche, der Sanierung des Kindergartens am Wieserfeldplatz und dem Umbau des Kolpinghauses in der Mittlere Gasse bewiesen, dass historische Bausubstanz mit neuem Leben gefüllt, und dass Denkmalpflege in Harmonie mit den heutigen Ansprüchen verbunden werden kann. Mit seinem persönlichen Einsatz trägt Herr Dr. Alexander Kronsteiner zum wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwung des Stadtteiles Steyrdorf bei.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Wünscht jemand das Wort zu diesem Antrag? Das ist nicht der Fall. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer für den Antrag ist, den ersuche ich um ein Zeichen. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Mein letzter Antrag ist wieder ein Dringlichkeitsantrag, und zwar die Verbreiterung der Steinerstraße, Wohndorf Gleink. Hier geht es darum, dass wir kurzfristig damit konfrontiert wurden, dass entlang der Wohnanlage des Bauträgers Er-Sie-Es in Gleink, ungefähr vis-a-vis des öffentlichen Kindergartens und vis-a-vis des Schlosses gelegen, eine Verbreiterung möglich ist. Wir wollten nicht nur asphaltieren, was möglich gewesen wäre, sondern auch in diesem Bereich einen notwendigen Gehsteig errichten.

Ich ersuche sie, dem Dringlichkeitsantrag die Zustimmung zu geben.

9) BauStr-23/99

Verbreiterung Steinerstraße im Bereich Gleink; Vergabe der Straßenbauarbeiten.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes des GB III/FA Tiefbau vom 16. 11. 1999 wird der Vergabe zur Durchführung der Straßenbauarbeiten für die Verbreiterung der Steinerstraße im Bereich Wohndorf Gleink an den Billigstbieter, Fa. Steindl Bauges.mbH., Weistrach, zum Preis von S 87.281,52 incl. MWSt. übertragen.

Die erforderlichen Mittel in Höhe von S 88.000,-- incl. MWSt. sollen wie folgt finanziert werden:

Restlich vorhandene Mittel in Höhe von

S 40.000,-- incl. MWSt. bei VASt. 5/612000/002020

(Gemeindestraßen, Straßenausbau weiterer Straßen),

die darüber hinaus erforderlichen Mittel in Höhe von

S 48.000,-- incl. MWSt. durch eine Kreditübertragung

von VASt. 5/612000/002080

(Gemeindestraßen, Straßenbauaufschließung Tabor; unverbrauchte Mittel)

zu VASt. 5/612000/002020

(Gemeindestraßen, Straßenausbau weiterer Straßen).

Infolge Dringlichkeit wird der Magistrat der Stadt Steyr gem. § 47 Abs. 5, StS 1992 zum sofortigen

Vollzug dieses Beschlusses ermächtigt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall. Wir kommen daher gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Danke sehr. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

Ich danke dem Kollegen Mayrhofer.

Nächster Berichterstatter, Herr Stadtrat Spanring bitte.

BE:STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Ein ganz ungewohnter Zeitpunkt zum Reden. Wertes Präsidium, meine Damen und Herren. In meinem ersten Antrag geht es um eine Förderung für die Edition Wehrgraben, um einen Kostenbeitrag für den Dokumentationsband über die Basiskultur bis zum heutigen Kulturhaus Röder, in der Höhe von S 25.000,--. Ich ersuche um Genehmigung dieser Förderung.

10) Fin-176/99

Edition Wehrgraben Verlag; Dokumentationsband; Kostenbeitrag.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 20. 10. 1999 wird dem Edition Wehrgraben Verlag, Sierninger Straße, 4400 Steyr, ein Kostenbeitrag für seinen Dokumentationsband in Form einer Förderung in der Höhe von

S 25.000,--

(Schilling zwanzigfünftausend)

zuerkannt und der erforderliche Betrag bei der **VA 1/330000/757000** freigegeben.

Zu diesem Zweck wird eine **Kreditübertragung von der VA 1/300000/757000 auf die VA 1/330000/757000** bewilligt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Der Antrag steht zur Debatte. Gibt es eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Wir kommen gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Antrag geht es ebenfalls um eine Förderung für die Stadtkapelle Steyr, für den Ankauf einer B-Klarinette und einer Oboe in der Höhe von S 18.000,--. Ich ersuche diese Subvention zu gewähren.

11) Fin-187/99

Stadtkapelle Steyr; Gewährung einer außerordentlichen Subvention für den Ankauf einer B-Klarinette.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 21. 10. 1999 wird der Stadtkapelle Steyr für den Instrumentenankauf von einer B-Klarinette und einer Oboe eine a. o. Subvention in der Höhe von

S 18.000,--

(Schilling achtzehntausend)

gewährt und der erforderliche Betrag bei der VA 1/322000/777000 freigegeben.

Zu diesem Zweck wird eine **Kreditübertragung von der VA 1/322000/757000 auf die VA 1/322000/777000** bewilligt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Ich bin ein bisschen überfordert, ich bin ja nicht der Napoleon. Lesen soll ich, unterschreiben soll ich, den Vorsitz soll ich führen. Also führe ich jetzt den Vorsitz.

Gelächter

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wünscht jemand das Wort? Keine Wortmeldung. Dann kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In meinem nächsten Antrag geht es um einen Druckkostenbeitrag für ein neues Buch des Steyrer Künstlers Mag. Heribert Mader in der Höhe von S 50.000,--. Ich ersuche diese Förderung zuzuerkennen und freizugeben.

12) Fin-190/99

Mag. Heribert Mader; Herausgabe eines Buches; Druckkostenbeitrag.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der Fachabteilung für Kulturangelegenheiten vom 20. 10. 1999 wird dem Steyrer Künstler Mag. Heribert Mader, wohnhaft Hauptstraße 18/2/2, 2371 Hinterbrühl, als Förderung für die Herausgabe seines neuen Buches ein Betrag in der Höhe von

S 50.000,--

(Schilling fünfzigtausend)

zuerkannt und der erforderliche Betrag bei der **VA 1/330000/768000** freigegeben.

Zu diesem Zweck wird eine **Kreditübertragung von der VA 1/300000/757000 auf die VA 1/330000/757000** bewilligt.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. Der Antrag steht zur Debatte. Wünscht jemand das Wort? Das ist nicht der Fall, daher kommen wir gleich zur Abstimmung. Wer für den Antrag stimmt, den ersuche ich um ein Zeichen. Gegenprobe. Stimmenthaltung? Der Antrag ist einstimmig angenommen.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

In diesem Antrag geht es um den heute schon angesprochenen Punkt für das Museum Arbeitswelt, der in einem Punkt der heutigen Tagesordnung durch eine Weiterleitung einer Subvention des Landes OÖ bereits auch anbehandelt wurde. Ich möchte den Antrag kurz verlesen.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat lautet:

13) Fin-14/97

Museum Arbeitswelt Steyr; Projektförderung 1999.

Der Gemeinderat möge beschließen:

Aufgrund des Amtsberichtes der FA Kulturangelegenheiten vom 20. 10. 1999 wird dem Museum Arbeitswelt Steyr, Wehrgrabengasse 7, 4400 Steyr, vertreten durch die Geschäftsführerin Mag. Gabriele Heger, eine Projektförderung für das Jahr 1999 für die Umbau- und Adaptierungsarbeiten in Form einer a. o. nicht rückzahlbaren Subvention in der Höhe von

S 1.000.000,--

(Schilling eine Million)

aus der **VA 5/360000/777000** gewährt.

Der erforderliche Betrag wird aus obiger VA freigegeben.

Zu diesem Zweck wird eine **Kreditüberschreitung** aus der **VA 5/360000/777000** bewilligt.

Zur Finanzierung dieser Ausgaben ist eine Darlehensaufnahme in der Höhe von S 1.000.000,--

notwendig, die hiermit grundsätzlich genehmigt wird. Über den Darlehensgeber und die Darlehenskonditionen wird auf Basis einer vom Geschäftsbereich für Finanzen durchzuführenden Ausschreibung noch ein gesonderter Beschluss herbeigeführt.

Ich ersuche um Diskussion und Beschlussfassung.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Zur Diskussion zu Wort gemeldet hat sich Frau Kollegin Feller-Höllner. Ich erteile es ihr.

GEMEINDERÄTIN HELGA FELLER-HÖLLNER

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, liebe Gäste. Nachdem am Anfang der heute so überraschend kurzen Gemeinderatssitzung schon manches angeklungen ist, was diesen Tagesordnungspunkt betrifft, und ich ja auch Mitglied des Kulturausschusses bin, möchte ich die Gelegenheit nutzen und einiges aus meiner Sicht, bzw. auch aus der Sicht unserer Fraktion, zu diesem Punkt darbringen. Da haben sich nun die Verantwortlichen des Museum Arbeitswelt entschlossen ein zweites Standbein neben dem Museums- und Ausstellungsbetrieb zu suchen. Ein Standbein, dessen Entwicklung sich eigentlich im Laufe der 12 Jahre, seit dem Bestehen dieser Einrichtung in Steyr, immer deutlicher abgezeichnet hat. Das Museum ist längst wesentlich mehr als ein Raum der Zurschaustellung diverser Präsentationen, und es ist auch mehr als ein pädagogisches und wissenschaftliches Zentrum. Die Nachfrage, in diesem wunderbaren Ambiente, das ja wohl niemand in Zweifel stellen wird, Veranstaltungen durchzuführen, ist in den letzten Jahren sehr deutlich gestiegen, und die Art der Veranstaltungen hat einen sehr breiten Bogen, von Ballveranstaltungen, Kongressen, Messen, Ausstellungen, bis zu Diskussionen etc., die Liste ließe sich zweifellos noch sehr lange fortsetzen. Nachdem, wie sie ja wissen, das Museum Arbeitswelt auch in Form eines modernen und zeitbewussten Vereines geführt wird, dem meines Wissens nach auch der eine oder andere aus diesem Kreis angehört, kam man in diesem Verein eben überein, diesem ständig steigenden Bedarf nach einem Veranstaltungszentrum, nach einem Ort der Begegnung, Rechnung zu tragen. Daher auch diese Idee eines zweiten Standbeines. Soweit eine überaus verständliche Maßnahme, noch dazu eine, von der ich glaube, dass man sie durchaus als vorbildlich bezeichnen kann, nämlich eine Maßnahme, die die Zeichen der Zeit erkennt. Die Zeichen der Zeit zu erkennen ist nicht immer ganz selbstverständlich, und selbst wenn man sie erkennt, heißt das noch nicht, dass man entsprechend handelt. Dieses Handeln mündet eben nun in diesem Umbau, der derzeit im Gang ist. Ein Umbau, den manche vielleicht jetzt kritisieren, den ich aber für sehr notwendig und begrüßenswert halte. Ich darf einmal vorweg nehmen, dass manche Argumentationen, wie sie schon im Kulturausschuss geführt worden sind, für mich persönlich einfach nicht nachvollziehbar sind. Es passiert hier nämlich genau das, was manche von ihnen, gerade im Bereich städtischer Einrichtungen und Betriebe, laufend kritisieren, dass man es dahin schleifen lässt, dass man nicht zeitgerecht Maßnahmen ergreift, dass man manchen Dingen ihren Lauf lässt, eben bis zum „St. Nimmerleinstag“, oder vielleicht, und ich sage das ganz bewusst mit einer gewissen Ironie, bis einem in dem einen oder anderen Gebäude die Decke auf den Kopf zu fallen droht. Nun, das Museum Arbeitswelt reagiert beizeiten, und ich denke mir, es ist wirklich müßig über die Verdienste noch allzu viel Worte zu verlieren.

Dieser Umbau, zurückzuführen auf die Umstrukturierung, und zuletzt auch auf die Dauer des Bestehens des Gebäudes, stößt bei manchen auch auf Unwillen. Ich komme für mich persönlich zu dem Schluss, dass sich vielleicht manche Kolleginnen und Kollegen aus diesem Kreis nicht wirklich intensiv mit der Materie auseinander gesetzt haben. Für die Umbaumaßnahmen wurde vom

Vereinsvorstand, ganz nach Vorschrift, ein Budget, ein Finanzierungsplan, ein Kostenplan erstellt, und dieses Budget konnte auch eingehalten werden. Alle Leistungen, die im Zuge dieses Umbaus erfolgt sind, wurden korrekt ausgeschrieben. Es wurden alle einzelnen Positionen nachverhandelt, und das führte schließlich zu einer Kostensenkung von immerhin rund 10 %. Und vor allen Maßnahmen stand an erster Stelle eines, nämlich ein Baukonzept, und ich halte das für richtig und selbstverständlich für wichtig. Ein Baukonzept, das zwei Dinge zu erfüllen hatte:

- 1) Ein funktionelles Raumprogramm für die Adaptierung eines Veranstaltungszentrums.
- 2) Das strikte Einhalten und Erfüllen denkmalschützerischer Vorgaben.

Ein funktionelles Raumprogramm beinhaltet naturgemäß Maßnahmen, wie etwa den Einbau einer Heizung und einer Klimaanlage, Lüftungstechnik, Schallungstechnik, und vieles mehr. Man kann wahrlich nicht von Verschwendung sprechen, wenn dabei ohnehin, aus Sparmaßnahmen, auf eine Klimatisierung des Festsaaes und der Haupthalle verzichtet wurde. Der Stand der Dinge punkto Elektrotechnik und Elektronik, ich glaube, da erübrigt es sich auch zu diskutieren, dass sich in 12 Jahren gerade in diesem Bereich vieles getan hat. Eine Einrichtung wie das Museum Arbeitswelt, die innovativ zukunftsorientiert agieren will, wird gerade in Elektronik, Elektrotechnik, Verkabelung, Verschallung, etc. Geld investieren müssen, sonst ist man einfach nicht mehr am Ball der Zeit. Dann möchte ich noch eines zu dem sehr oft kritisierten fehlenden, oder bis dato gefehlt habenden, Sanitärbereich im Obergeschoss sagen. Das gesamte Umbaukonzept des Museums hat eine strenge Maxime, nämlich die Verwendung von Industriematerialien. Das betrifft jetzt den gesamten Museumskomplex und die Zeitwerkstatt. Es heißt Industriematerialien zu verwenden, das betrifft Böden, Wände, Treppen, Geländer, etc. Es wird hier ganz bewusst auf Wohnmaterialien, wie wir es ja privat und in den Büros gewöhnt sind, verzichtet. Industriematerialien heißt in diesem Fall konkret in erster Linie Stahl und Glas, oder etwa auch Blechverkleidungen. Die neuen WC-Anlagen wurden mit einem Fertigteilwandsystem errichtet, im Fachjargon Pflaumwände, dazu kamen Trapezverkleidungen, wie sie sonst nur im Containerbau verwendet werden. Also, da kann man sicherlich nicht gerade von Luxus sprechen.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Und ein Fernsehapparat!

GEMEINDERÄTIN HELGA FELLER-HÖLLER

Ja, zu dem komme ich noch. Sie werden sich über die Fernsehapparate sehr wundern, aber da kann ich ihnen einiges erklären. Die Böden entsprechen auch den Böden von Industriefertigungshallen, das heißt, sie sind äußerst tragfähig. Das sind Bodenbeläge die normalerweise von Hubstaplern befahren werden. Also eine Industriephilosophie im Museum Industrielle Arbeitswelt. Wie gesagt, es fällt mir schon schwer nachzuvollziehen, was sie, z. B. mit ihrem Einwand, als Luxus bezeichnen möchten, sie werden es nachher nicht mehr als Luxus bezeichnen. Nun zu den Videoinstallationen auf den Toiletten. Meine Damen und Herren, haben sie gewusst, dass für diese Videoprojektion ein Videorecorder in Verwendung ist, den das Museum Arbeitswelt selbst seit 8 Jahren in Verwendung hatte, der heute nicht mehr den technischen Anforderungen entspricht und längst abgeschrieben ist? Also sehr viel Verschwendung. Haben sie auch gewusst, dass die Videokassette, mit dem Videoclip des Charly Chaplin-Films, heiße S 128,-- gekostet hat, und übrigens vom Architekten zur Verfügung gestellt wurde, und nicht einmal angekauft werden musste?

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Keinen Schilling für die Toiletten!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Musst du nie auf das Klo?

GEMEINDERÄTIN HELGA FELLER-HÖLLER

Haben sie gewusst, dass die Fernseher in einer Sonderangebotsabverkaufsaktion der Firma Hartlauer, pro Stück um S 2.000,-- erstanden worden sind? Also hat dieser Videogag, über den wir hier diskutieren, auf den man, man kann darüber reden, vielleicht verzichten hätte können, aber in Summe hat er den enormen Betrag von weniger als S 9.000,--, man könnte auch sagen, weniger als 655 Euro gekostet. Meine Damen und Herren, ich denke mir, nicht alles was neu und modern aussieht, muss auch teuer sein.

Diskussion verschiedener Mandatäre

Ordnungsruf

GEMEINDERÄTIN HELGA FELLER-HÖLLER

Was tatsächlich die hohen Umbaukosten verursacht, das sind eben, wie ich eingangs gesagt habe, Dinge der Infrastruktur, die für einen Seminar-, einen Kongress-, einen Messebetrieb notwendig sind. Das sind Dinge der Elektrik, der Elektrotechnik, der Heizung, der Beschallung, der Lüftung, etc. Wir diskutieren hier um eine Beteiligung der Stadt Steyr an den Umbaukosten, und sie erscheinen manchen zu hoch. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass es ja seit dem Bestehen des Museums einen sehr schön zusammengefassten Tätigkeitsnachweis gibt. Von 1988 bis 1999 wurden von externen Stellen sage und schreibe 117 Millionen Schilling lukriert, ich meine mit externen Stellen jetzt alle anderen Investoren und Sponsoren, aber nicht die Stadtgemeinde. Im selben Zeitraum hat die Stadt dem Museum 14,9 Millionen Schilling zur Verfügung gestellt, das sind 12,7 %. Dies nur, damit wir einmal die Größenordnung wissen, über die wir hier diskutieren. Es wird nun an der Abstimmung liegen, unsere Fraktion wird diesem Antrag sicherlich die Zustimmung geben. Abschließend glaube ich noch, dass das zweite Standbein als Veranstaltungszentrum der Stadt wiederum mehr Ansehen, mehr Besucher, mehr Touristen, ein besseres Image, einen größeren Bekanntheitsgrad, zusätzlichen Wirtschaftsfaktor, und letztlich auch mehr Geld bringt. Danke schön.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ausgezeichnet, danke vielmals.

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Kollege Payrleithner. Bitte sehr.

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen. Es steht ja außer Zweifel, dass die Sanierung der ehemaligen Hackwerke und die Zuführung eines Veranstaltungszentrums, das Museum Arbeitswelt, auf der anderen Seite Fazat, Fachhochschule usw., eine sinnvolle Investition in Steyr und vor allem in dieser Gegend war. Das ist ja auch zwischen den Fraktionen kein Streitpunkt. Wir sind allerdings schon der Meinung, dass dort unten mit dem Steuergeld in einer Art und Weise umgegangen wird, wie es dem Bürger eigentlich nicht mehr zumutbar ist. Wenn man z. B. schaut, dass der Eingangsbereich zum dritten Mal umgebaut worden ist, Frau Kollegin, das haben sie nämlich vergessen zu erwähnen. Was immer ganz interessant ist, sie gehen hier heraus und sagen, die Gemeinde zahlt S 500.000,-- oder 1 Million Schilling. Bitte, 25 Millionen Schilling, die letztendlich der Steuerzahler insgesamt zu erbringen hat. Es ist schon richtig, dass das nicht die Stadt Steyr zahlt, die Stadt Steyr zahlt überhaupt nichts, auch das zahlen die Bürger dieser Stadt, aber auch die restlichen Beträge kommen von den Bürgern dieses Landes, die halt in das Landessäckel einzahlen, bzw. über den Bund in das Land einzahlen, letzten Endes müssen alles die Steuerzahler bezahlen. Und irgendwie hat man da schon den Eindruck, dass offensichtlich bei öffentlichen Bauten das Beste gerade gut genug ist, dass es da vollkommen egal ist, was etwas kostet, denn sonst ist es unvorstellbar, wie man auf derartige Beträge dort unten kommt. Daher werden wir auch diesem Amtsbericht nicht zustimmen. Wir haben uns zwar zu derartigen Ausgaben dort unten schon öfters kritisch geäußert, aber ich glaube, dass in Anbetracht der allgemeinen Budgetsituation und alles was auf uns wieder zukommt, Beträge in dieser Größenordnung nicht gerechtfertigt sind. Es ist ganz interessant, wenn man den Bericht Edition Wehrgraben liest, den wir heute beschlossen haben, hier handelt es sich nur um S 25.000,--. Da haben wir auch zugestimmt, weil wir halt tolerant und liberal sind, weil im Grunde genommen ist das nur ein Nachruf auf 10 Jahre Grünpolitik in Steyr. Aber einen interessanten Satz, den ich wirklich nur unterstreichen kann, habe ich dort auf Seite 8 gefunden. Da ist ein schönes Foto herinnen, und ein sehr treffender Satz über den Wehrgraben. „Der Wehrgraben, viel hat sich nicht verändert. Die Stadt Steyr hat gerade den untersten Zipfel vom Wehrgraben hergerichtet, und fast schaut es so aus, als ob vor lauter Hightech kein Cent mehr für den Rest da ist.“ Gemeint ist damit der sogenannte Hackspitz, Fazat und Museum Arbeitswelt. Ich kann mich diesen Ausführungen wirklich nur anschließen, sie sind sehr treffend. Ich glaube, es wäre jetzt verlockend zu sagen, was man mit diesem Geld alles machen könnte. Wir tun da jetzt nicht gegen- oder hochrechnen, dass wir im Resthof bis 2004 keine Volksschule kriegen, dass wir wahrscheinlich keine Bezirkssporthalle kriegen, weil es im Landesbudget nicht mehr drinnen ist, erst in der nächsten Legislaturperiode vielleicht. Tatsache aber ist, dass dort unten, interessanterweise, plötzlich sehr viel Geld da ist und für andere, wirklich wichtige Einrichtungen für die Stadt, komischerweise von den anderen Institutionen, vor allem vom Land und auch vom Bund, gewaltig auf die Bremse gestiegen wird.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Nächste Wortmeldung, Herr Kollege Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Presse. Ich kann all dem, was bis jetzt gesagt worden ist, voll zustimmen. Auch wir meinen, das Museum Arbeitswelt ist,

von der pädagogischen und von der musealen Leistung her, in Österreich, weit über die Grenzen Österreichs hinaus und ich möchte fast sagen europaweit, bekannt. Wenn ich das Jahresprogramm von 1999 anschau, dann muss ich schon sagen, dass alles für die Veranstalter und für die Arbeiten dort unten am Museum Arbeitswelt spricht. Ich denke auch, dass der Gedanke einer weiteren Miteinbeziehung eines neuen Standbeines, nämlich eines Veranstaltungszentrums, auch eine wichtige und sehr gute Sache ist. Aber jetzt denke ich an so manche Abhandlung und so manches Gespräch im Kulturausschuss. Wenn ich da an die Forderungen und Bitten vieler Kulturschaffender denke, auch die wüssten ein europareifes Haus darzustellen. Da denke ich an das Akku, die wüssten sehr wohl wie ein Theaterraum ausschauen müsste, der alles beinhaltet was die Welt unter moderner Theatergestaltung meint. Oder ich denke, was könnten wir nicht alles in den Stadtsaal hineinbauen und umändern, damit er einmal ein europareifer, ansehlicher Stadtsaal würde. Ich könnte dann auch immer wieder anführen, haben sie von den Eigenleistungen derer, die dort arbeiten gewusst? Haben sie gewusst, wie viel Freizeit da hineinkommt? Haben sie gewusst, wie viel Idealismus da hineinkommt? Ich könnte so viele „haben sie gewusst“ anführen, aber wir müssen in der Kulturausschusssitzung sagen, „leider nein, es geht nicht, wir haben das Geld dafür nicht“, obwohl wir wissen, dass das für eine Europareife wunderbar, herrlich, und auch für die Stadt Steyr bestens wäre. Dann denke ich an die Gemeinderatssitzung vom 21. Jänner d. J., da hatten wir diesen Fall schon zum ersten Mal. Damals haben wir uns, nach langem diskutieren und bemühen, auch meinerseits in der Fraktion, noch einmal entschlossen ja zu sagen, obwohl das 1 Monat nach der Budgetsitzung war. Ja zu sagen für S 500.000,- für das Museum Arbeitswelt, weil wir einfach meinten, der Umbau und alles was geschehen ist war wichtig und soll auch gesehen werden. Nun aber haben wir diese Situation wieder. Ein Umbau, Investitionen, geplant und überlegt, manchmal vielleicht zu wenig geplant. Wie schon darauf hingewiesen wurde, dreimaliger Umbau des Einganges. Wir haben damals am 21. Jänner gesagt, wir stimmen noch einmal zu, aber es müsste die letzte Phase des Umbaues im Museumsvorstand noch einmal überlegt werden und dann, so kann man es auch im Protokoll lesen, sollte auch mit den politisch Verantwortlichen noch einmal darüber gesprochen werden. Ich habe bei der Vorstandssitzung im Februar 1999 auf einen Punkt im Museum Arbeitswelt hingewiesen. Die 4,9 Millionen Schilling für den Einbau des Cafes, könnte man denn nicht hier z. B. etwas einsparen. Oder wenn ich die Seite 6 des Umbau- und Investitionsplanes des Museums Arbeitswelt lese, da steht Förderungen 1998 bis 2003, und da steht Stadt Steyr 4 Millionen Schilling, mündliche Option. Nun frage ich, Februar 1999? Dann schau ich in das Budget 1999 und da finde ich von dieser Million Schilling, die, so ist anzunehmen, sicher schon zugesagt war als man an das Budget dranging, nichts. Das ist eigentlich das, was mich stört. Dass wichtige, notwendige Dinge, die zugesagt sind, nicht im Budget stehen, obwohl man wusste, dass das kommt. Nur weil man vielleicht denkt, das ist eine so wichtige Sache, da kann dann niemand nein sagen. Und wenn ich das jetzt wieder auf die anderen Kulturschaffenden unserer Stadt umlege, denen wir diese „Nein“ sagen müssen, wenn die nun auch einfach in ihrer Europaverantwortung und ihren Europabegehren hinbauten, was sie meinten, dass für die Stadt wichtig wäre, dann müssten wir heute nicht nur 1 Million Schilling beschließen, sondern das gleich 4 Mal oder 5 Mal. Ich denke, auch aus diesem Grund müssen wir heute nein sagen. Denn 14 Tage vor der Budgetbeschließung, da könnte man vielleicht wieder einen wichtigen Punkt auslassen, nicht schreiben, oder überlegen, dass wir vielleicht auch ohne hinkommen. Auch aus diesem Gesichtspunkt meine ich, müssten wir hier einmal nein sagen, nicht um dem Museum zu schaden, sondern um das in richtige Wege zu leiten. Die 4 Millionen Schilling, von 1998 bis 2003, bringen wir auch hinein, wenn wir es in richtige Wege und Bahnen leiten. Noch einmal zum Schluss, ich bin überzeugt, dass das was im Museum Arbeitswelt geleistet wurde Europareife bedeutet, weiß aber, dass auch viele andere Kulturschaffende wüssten was Europareife bedeutet, und auch die gerne eine zweite Veranstaltung im Jahr halten möchten, oder ein Instrument ankaufen möchten. Danke.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Weitere Wortmeldungen?

Kollege Stieglitz bitte.

GEMEINDERAT SIEGFRIED STIEGLITZ:

Sehr geehrte Damen und Herren. Ich möchte es ganz kurz und bündig machen. Ich kann dem nur zustimmen, was die Vorredner, der Herr Direktor und auch mein Fraktionskollege, gerade gesagt haben. Im Grunde genommen ist es unbegreiflich, was da gerade abgeht. Frau Kollegin, sie sagen zeitgerecht reagieren. Ich verstehe nicht, was sie damit meinen. Wenn in der Privatwirtschaft ein Vorstand bei seinem Betrieb in 12 Jahren dreimal Umbauten macht, dann wird er nicht mehr lange Vorstand sein, denn dann muss er gehen, dann wird er entlassen. Ich muss es hier noch einmal deponieren, es ist den Bürgern gegenüber verantwortungslos, was da abgeht. Eine Toiletteanlage mit einer Kamera und einem Bildschirm drinnen, da stellen sie sich noch raus und sagen stolz, dass das nicht viel kostet. Ich muss ihnen wirklich sagen, im Grunde genommen ist das ein Witz. Ich will die Leistung nicht schmälern, aber da werden Millionen verbraten. Wie der Herr Direktor schon sagte, wir haben in unserer Stadt andere Projekte, wo wir das Geld wirklich brauchen würden. Ich glaube es wäre wirklich einmal die Pflicht, der Verantwortlichen von unserer Stadt, einmal mit den Herrschaften dort unten zu reden und zu sagen, ein bisschen runter auf die Bremse, so geht es sicher nicht weiter. Ich kann dem sicherlich nicht zustimmen, und sage, es ist eine Frechheit, es ist verantwortungslos.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kollege Klausberger bitte.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Meine Damen und Herren. Einiges darf jetzt nicht ganz unwidersprochen bleiben. Als Mitglied des Kulturausschusses habe ich mir Notizen gemacht die so vielfältig sind, dass sie in Summe wahrscheinlich nur mit einigen Details widerlegt werden müssen. Ich glaube gerade das Letzte vom Kollegen Stieglitz, er versteht Verschiedenes nicht.

Gelächter

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Ich will nicht über Toiletten reden, ich will eigentlich die Kleingeisterei bei der Kulturdebatte jetzt einmal ein bisschen weglassen. Kollege Payrleithner hat es richtigerweise auch gesagt, es sind sinnvolle Investitionen im Wehrgraben geschehen, das Museum Arbeitswelt, das Fazat, verschiedenste Bereiche, Fachhochschule usw. Jetzt darf nichts mehr geschehen, jetzt wird halt stopp gesagt zu Investitionen, die vielleicht die Zukunft betreffen. Ich glaube, es geht nämlich nicht nur um die Zukunft der Einrichtung Museum Arbeitswelt, sondern es geht natürlich immer wieder um die Zukunft eines Bereiches der Stadtentwicklung, die uns besonders wichtig sein soll, der Stadtentwicklung im Wehrgraben. Du hast dieses Zitat aus dem „20 Jahre Basiskultur“ gebracht, das begonnen hat mit „Viel hat sich nicht verändert usw.“. Ich glaube, dass sich viel verändert hat. Wer

von uns vor 2 Wochen bei der Diskussion über die weitere Entwicklung des Wehrgrabens dabei war, einige von uns waren dabei, ich war auch am Podium vertreten, der hat gehört, dass der Wunsch der Teilnehmer eigentlich der war, dass man Nutzungsmischungen aus allen diesen Themen die angesprochen worden sind, aus Bildung, aus Kultur, aus Zukunftsgeprägten, aus Forschung, aus Entwicklung usw., betreibt. Daher glaube ich, dass die Entwicklung dort unten innovationsfreudig weiter gehen muss. Bertl, ich glaube wir sind uns im Kulturausschuss in 99 % der Fälle einig, wenn um Fragen der Kulturarbeit gesprochen wird, und darum würde ich es auch nicht für richtig halten, dass wir aufrechnen. Einerseits kriegt der etwas, und der andere kriegt nichts. Ich glaube, das ist nicht der richtige Weg in der Kulturpolitik. Wir sollen uns auch bei Kulturfragen nicht an Formalismen, ob das jetzt im Budget drinnen ist, oder ob das nachträglich behandelt wird, in die Quere kommen. Frau Heger vom Museum Arbeitswelt war ja im September in der Kulturausschusssitzung bei uns und hat ziemlich detailliert die künftige Entwicklung dargestellt, und ich glaube wir haben uns alle als Mitglieder des Kulturausschusses sehr sorgfältig mit den Motiven und Zielen auseinandergesetzt. Dass es um eine Bestandssicherung, um Qualitätssteigerung, um Substanzverbesserung der Einrichtung geht, und dass es letztendlich auch um internationale Standards geht. Jedes Produkt, meine Damen und Herren, das heute auf den Markt kommt, ist oft schon veraltet bevor es da ist. Das wird eine Partei, die sich mit Wirtschaft beschäftigt, und ich glaube jede Partei versucht im Wirtschaftsbereich kompetent zu sein, sicherlich nicht leugnen können. In dieser schnelllebigen Zeit bringen Firmen qualitativ hochwertigere, bessere, leistungsfähigere Produkte auf den Markt. Ja warum soll denn ein Museum Arbeitswelt nicht eine qualitativ hochstehendere, bessere, qualitativ vollere Leistung anbieten, und warum soll es sich nur auf den musealen Charakter beschränken? Es ist viel mehr, und ich glaube, ich brauche jetzt nicht aus den Protokollen zitieren, die uns aus dem Kulturausschuss vorliegen, aber es sind gute und vernünftige Überlegungen. Wenn es da heißt, bestandssichernde Investitionen, dass bei diesen bestandssichernden Investitionen Eigenerfahrung eingebracht wird, von den Wissenschaftswochen, die gerade stattgefunden haben, oder von den World-Wide-Bearing-Kongressen, die Kugellager- und Wälzlagerthematik betreffend international hier stattfinden, da kann man das nach sorgfältiger Prüfung eigentlich nur zustimmend zur Kenntnis nehmen. Ich glaube, wir sollten wirklich nicht so kleingeisthaft an die Materie herangehen, dass wir Entwicklungen im Wehrgraben verbauen, indem wir sagen „Nein, Museum muss Museum bleiben“, professionellen Veranstaltungsbetrieb und ähnliches in der Zukunft, das wollen wir nicht. Hier machen wir stopp und nichts geht mehr weiter. Ich bitte sie, meine Damen und Herren, lassen wir gemeinsam die Kirche im Dorf, bzw. das Museum im Wehrgraben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Kollege Apfelthaler bitte.

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren im Gemeinderat. Heute, bei dieser Sitzung, ist den Mythen Tür und Tor geöffnet worden, über die diversen Mutmaßungen, speziell was das Eingangstor betrifft. Das amüsiert mich immer wieder, was da passiert. Ich verstehe nur eines nicht, wie man auf den dreimaligen Umbau des Eingangstores kommt. Kann mir das irgendwer erklären? Der Kollege Lengauer hat es mir nicht erklärt, der Kollege Stieglitz hat es mir auch nicht erklären können, er ist entrüstet, weil dreimal umgebaut worden ist. Aber warum, das weiß ich eigentlich bis heute noch nicht.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Ah, sie wissen es auch nicht?

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Ich weiß es schon, aber warum er so entrüstet ist, das weiß ich nicht. Vielleicht kann ich es ganz kurz erklären, damit es für alle, die es nachher lesen wollen, auch im Protokoll steht. Wenn sie sich erinnern, ursprünglich hat es beim Museum eine Eisentür gegeben. Das war dann nicht mehr recht passend und dann hat man 1997 die Glastür gemacht. 1997 sind bei der Ausstellung einige Glasflächen von den Vitrinen übriggeblieben. Dann hat man diese Glasflächen, die von den Vitrinen stammten, recycelt. Dann hat man die Eisentür hinausgetan und das Glas hineingestellt. Das war die Umbauphase 2. Die erste Umbauphase war die, dass man die Eisentür überhaupt hineingetan hat. Die dritte Umbauphase bei der Eingangstür, die sie meinen, ist die jetzige Situation. Also, es stimmt, dass dreimal umgebaut wurde, aber warum sie deshalb entrüstet sind, das weiß ich nicht.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Jawohl, dreimal. Eine Eisentür, eine Glastür, die nichts gekostet hat, weil man sie aus den Vitrinen verwendet hat, und die jetzige Tür. Also, was da so seltsam sein soll, weiß ich wirklich nicht. Der Direktor Lengauer hat ja schon das Stichwort dieser heutigen Diskussion gegeben. Er hat die Frage gestellt, haben sie gewusst ...? Das ist für mich sehr interessant gewesen, weil selbst der Herr Direktor Lengauer schon gewusst hat, wie die ganzen Baumaßnahmen gesetzt werden. Seit dem 12. 1. 1998 hat er gewusst, welche Baumaßnahmen das Museum setzen will. Der Herr Doktor Pfeil, der heute leider nicht anwesend ist, hat seit dem 21. 1. 1998 über diese Baumaßnahmen Bescheid gewusst. Wir waren ein bisschen früher dran, wir haben es schon im Dezember gewusst, weil wir uns dafür interessieren, das war wahrscheinlich der Grund dafür. Also, sie stellen sich heute her, und tun so, als ob das ein Wahnsinn wäre. Der Herr Direktor spricht von Europareife, die die Künstler in Steyr anscheinend nur erlangen, wenn wir in Millionenhöhe fördern. Ich glaube, dass viele unserer Steyrer Künstler bereits europareif sind, und dass das nicht unbedingt eine Sache des Geldes in Millionenhöhe ist. Also, so zu tun, als ob man nichts weiß, und dass man dann entrüstet sein muss, weil man vielleicht draufkommt, dass man sich vielleicht zuwenig dafür interessiert hat, oder weil man gewissen Mythen nachgelaufen ist, die in Wahrheit eigentlich ziemlich banal und einfach sind, das ist mir nicht klar. Aus der Vergangenheit wissen wir ja, dass das Museum Arbeitswelt immer so mit schiefen ideologischen Blick betrachtet worden ist. Es war wahrscheinlich vielen nicht so recht, dass wir dieses Museum haben, das sich unter Umständen tendenziös primär mit Arbeit, oder mit den Arbeitern beschäftigt. Es ist vielleicht doch nicht so, ...

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Ich weiß, ich habe das schon einmal gesagt, und es hat fast eigene Reaktionen beim Publikum hervorgerufen, aber mir kommt es oft schon so vor. Wenn ich mir anschau, was man andererseits in

Millionenhöhe in Kirchen investiert, da gibt es kaum irgendwelche Widerreden, im Gegenteil, da traut sich keiner. Aber wenn man die Arbeit, die Situation der Arbeiter, und jene, denen man über die Jahrzehnte oder Jahrhunderte hinweg kein Denkmal gesetzt hat, transparent macht, da gibt es dann irgendein Gemurmel aus den hintersten Reihen, dass das dann doch ein bisschen zu viel wäre, und dass man das, was man dort investiert, doch vielleicht anderswo investieren sollte, vielleicht in die Europareife der Künstler oder in andere Projekte. Eines muss auf jeden Fall schon gesagt werden, und das bezweifelt anscheinend auch keiner da herinnen, dass dieses Museum atmet und lebt, zum Unterschied zu unserem Heimathaus, das am liebsten den Intentionen des Herrn Kollegen Payrleithner wieder zu recht käme. Weil wir haben ein Museum, und warum sollten wir da wieder etwas an dem Konzept ändern, etc. Museum ist ein Museum, so habe ich das irgendwie verstanden. Das Beispiel haben wir im Heimathaus. Da ist die Luft ein bisschen stickig, weil da rührt sich kaum etwas. Aber das Museum dort unten wird neu positioniert, hat einerseits den Museumscharakter und andererseits den Veranstaltungscharakter, mit Versammlungsmöglichkeiten etc., nutzt die Synergie mit der Fachhochschule, weil die Fachhochschule ihre Veranstaltungen auch im Museum macht, weil sie nicht die notwendigen Räumlichkeiten hat, und jetzt investiert man dort in die Infrastruktur. Es ist ehrlich gesagt, fast müßig darüber noch eingehender zu plaudern. Ich will nicht unbedingt das Wort des Kollegen Klausberger verwenden, der von Kleingeisterei redet, denn das ist ein bisschen scharf. Aber es kommt mir fast schon in Richtung dezimierter Geisteshaltung vor, da hat er nicht Unrecht. Und darum sage ich, das Museum dort unten ist einer der wenigen Institutionen dieser Stadt die sich auf den Ausstellungsbereich konzentriert, das wirklich funktioniert und atmet, und warum soll man das jetzt abdämpfen, weil man jetzt neidig ist oder aus irgendwelchen sonstigen ideologischen Gründen. Meine Damen und Herren, sie haben es seit 1998 gewusst, welche Baumaßnahmen dort gesetzt werden. Jetzt kommen sie fast 2 Jahre später drauf, wie entsetzlich das ist, was da jetzt passiert ist und dass man dem nicht die Zustimmung erteilen kann. Sie sind halt in vielen Dingen etwas zu spät dran. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Ich habe inzwischen den Vorsitz übernommen. Ich erteile Herrn Stadtrat Mayrhofer das Wort.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Geschätztes Präsidium, meine sehr geehrten Damen und Herren. Ich habe mich anfangs bei dieser Diskussion, bei diesem Tagesordnungspunkt eigentlich gefreut, weil die Kollegin Feller-Höller einen sehr niveaувollen Beitrag gebracht hat, der sachlich und qualitativ hochstehend war, da muss ich wirklich gratulieren. Die letzte Wortmeldung des Kollegen Apfelthaler erreicht leider dieses Niveau nicht, das muss ich leider auch ganz klar sagen. Ein Heimathaus, ein Heimatmuseum, das man wirklich seit Jahrzehnten ausgehungert hat, wo man wirklich keinerlei Mittel hinfließen lässt, wo nicht einmal die notwendige Konservierung der ausgestellten Produkte gewährleistet ist, herzunehmen und zu sagen, das atmet nicht, und das zu vergleichen mit einem Museum Arbeitswelt, das ist fast schon Blasphemie, das muss ich schon sagen.

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Richtig!

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Hier wird ganz offensichtlich versucht, und da sind wir nun bei der Ideologie, ideologisch ...

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Schwarz-Blau!

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nicht Schwarz-Blau, denn das ist dieser Vorwurf den ich dem Kollegen Apfelthaler hier ganz klar machen muss. Wir haben in keinsten Weise bekrittelt, dass eine sinnvolle und notwendige Maßnahme beim Museum Arbeitswelt gemacht wurde, nämlich die Adaptierung und Anpassung in ein Tages- und Konferenzzentrum. Das ist gut, das ist auch pekuniär auf Sicht gesehen gut, weil es uns wahrscheinlich hilft, dass wir Einnahmen bekommen, die wir allein mit dem Museumsbetrieb nicht bekommen. Wenn sie sich an die Wortmeldung vom Kollegen Lengauer erinnern, auch der hat ganz klar gesagt, dass hier sehr Gutes geschehen ist. Das was wir bekritteln ist, dass ganz offensichtlich nicht sorgfältig mit den öffentlichen Mitteln umgegangen wird, und dass man hier einen Level vom Niveau ansetzt, wo wir der Meinung sind, wir könnten sorgfältiger damit umgehen. Ich möchte noch einmal betonen, das ist keine ideologische Frage, sondern hier geht es wirklich darum, ob es notwendig ist. Wir haben gesagt, wir müssen auch die Synergien mit der Fachhochschule nutzen, weil wir wissen, in der Fachhochschule ist ein Lokal leer, und dass wir hier eine Infrastruktur für ein Catering machen, und als solches war es geplant. Über dieses Cafe im Museum Arbeitswelt, mit einem Investitionsaufwand von 4,9 Millionen Schilling, haben wir vor fast einem Jahr, hier an diesem Ort schon diskutiert, und da sind wir eigentlich mehrheitlich schon der Meinung gewesen, das ist ein Punkt, über den müssen wir wirklich noch mehr diskutieren, wir geben das weiter an den Vorstand, und möchten eine Rückmeldung. Da hat der Kollege Lengauer auch schon darauf hingewiesen. Diese Rückmeldung ist nicht passiert, sondern man hat locker darauf weiter investiert. Wenn ich weiß, dass der Laufmeter von diesem Gestänge bei der Bar S 7.000,-- kostet, dann kann ich nicht sagen, ich brauche das, das ist unbedingt notwendig.

Diskussion verschiedener Mandatäre

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich kann auch sagen, die Monitore in der WC-Anlage kosten nur S 9.000,--. Nur wenn ich diese Summen in den Mund nehme, dann wäre es auch der Fairness halber sicher richtig, dass ich mich erkundige, was hat der Installationsbedarf gekostet, was haben die Kabel gekostet, was war der Zeitaufwand, was hat das Gesamte gekostet. Dasselbe ist bei dem dreimaligen Umbau des Eingangsbereiches. Einfach in den Raum zu stellen und zu sagen, das kostet fast gar nichts, ja bitte dann suchen sie es einmal heraus und legen sie uns einmal offen, was diese dreimaligen Umbauten gekostet haben, noch dazu wo ich der Meinung bin, wir werden noch einen vierten Umbau bekommen. Denn für ein Tages- und Kongresszentrum, wo zeitgleich eine große Menge an Personen kommt, ist der Eingangsbereich vollkommen ungeeignet. Wir werden es erleben, dass wir ihn wieder umgestalten, ein viertes Mal. Das wird auch fast nichts kosten. Aber das spielt ja alles keine Rolle, weil der Vorstand zahlt es ja nicht. Gezahlt wird alles mit öffentlichen Mitteln. Noch einmal und abschließend, wir sind nicht gegen die Installation des Konferenzzentrums. Wir finden es gut, das ist durchaus in Ordnung. Wir verlangen nur eines, dass auch diese Institution mit den Mitteln so

sorgfältig umgehen soll, wie es auch ein Privatinvestor machen muss. Danke.

Beifallskundgebung

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Gemeinderat Fürweger. Ich erteile es ihm.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Wertes Präsidium, werter Gemeinderat. Ich möchte ein bisschen weiter zurück gehen. Es ist auch über die Geschichte des Wehrgrabens gesprochen worden. Es ist interessant, wie sich die SPÖ-Fraktion jetzt für den Wehrgraben einsetzt. Es war auch einmal anders. Man wollte einmal den Wehrgraben zuschütten. Man wollte ihn einmal asphaltieren, und die Stockschützen darauf spielen lassen. Man wollte Tennisplätze errichten. Aber das ist Gott sei Dank alles nicht passiert. Es hat ein großes Umdenken gegeben und ich glaube, dieses Umdenken äußert sich jetzt bis zum Museum Arbeitswelt. Wie schon bereits anfangs erwähnt, wir haben nichts gegen das Museum Arbeitswelt, nur muss man es auch von der gewissen Ausgewogenheit her sehen. Herr Kollege Klausberger, es muss schon eine Ausgewogenheit bei den kulturellen Einrichtungen der Stadt sein. Und diese Ausgewogenheit findet im Vergleich zum Heimatmuseum nicht statt. Das kann man wirklich sagen, ein Heimatmuseum, wo es nicht einmal eine Heizung gibt. Auf der anderen Seite ein Museum Arbeitswelt, wo man im Eingangsbereich mit dem Geld nicht spart. Ganz kurz ausgedrückt, ich glaube, hier fehlt die Ausgewogenheit beim Einsatz der finanziellen Mittel für die Kultur der Stadt Steyr. Wir alle sagen, es ist positiv, dass sich der Wehrgraben so entwickelt hat, dass sich am Ende des Wehrgrabens ein kleines Zentrum entwickelt hat, wo wirklich die Leute von überall herkommen. Aber wir dürfen doch wirklich nicht die anderen Einrichtungen der Stadt komplett aus den Augen verlieren. Ich habe aber den Eindruck, dass die SPÖ genau das jetzt gemacht hat. Sie verliert einfach das Heimatmuseum aus den Augen. Es gibt es einfach nicht.

Diskussion verschiedener Mandatare

Ordnungsruf

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Um noch einmal zur Ausgewogenheit zu kommen. Ich glaube, es ist auch eine Verbindung der finanziellen Mittel mit einer gewissen Gerechtigkeit gegeben. Wir haben leider das Problem, dass im Heimatmuseum ein Beamter die Führung hat, der nicht hauptberuflich dort tätig ist, und im Museum Arbeitswelt ein Verein die Führung hat, der über Subventionen seine Tätigkeiten durchführt. Ich habe mir gerade gedacht, es wäre doch super, wenn wir dort so eine tätige Dame hätten, die sich so einsetzt. Wenn sie 3 Jahre im Heimatmuseum ihre Funktion ausüben würde, dann würden wir vielleicht das Heimatmuseum einmal ein bisschen hinaufputschen und dann kann sie eh wieder zurück zum Museum Arbeitswelt gehen. Dann sind wir vielleicht wieder einmal ein bisschen auf dem Gleichstand. Ich glaube wirklich, wir sollten das nicht ganz aus den Augen verlieren. Danke schön.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Direktor Lengauer, zum zweiten Mal.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Etwas später, weil der GR Apfelthaler gerade nicht da ist.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Dann Frau GR Frech bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werter Vertreter der Presse. Ich würde mir wünschen, in dieser Diskussion wieder auf eine sachliche seriöse Grundlage zurück zu kommen, fernab von irgendwelchen Ideologiediskussionen und fernab von irgendwelchen Killerargumenten. Ich glaube, das ist der Sache und der Diskussion nicht dienlich. Ich glaube, ich bzw. das Liberale Forum ist relativ unverdächtig, was die ideologischen Vorbehalte angeht. Ganz im Gegenteil, ich persönlich bin selbst oft im Museum Arbeitswelt. Ich besuche dort Veranstaltungen, und wir haben dort auch schon Veranstaltungen vom Liberalen Forum abgehalten. Ich denke mir, dessen ungeachtet sollte man aber trotzdem einmal zu kaufmännischen Zahlen zurückkehren. Da bleibt schlichtweg ein Punkt im Raum stehen. Wenn sie sich den Budgetentwurf für das Jahr 2000 anschauen, der vom Museum Arbeitswelt ergangen ist, dann haben sie einen prognostizierten Aufwand von S 31.250.000,--. Sie haben dem gegenüber einen prognostizierten Ertrag von 2 Millionen Schilling. Damit ein prognostiziertes Defizit von S 29.250.000,--. Ich denke mir, das sollte uns schon etwas zu denken geben. Das ist das Budget für das Jahr 2000. Das heißt, da sind auch schon mögliche Einnahmen drinnen, die jetzt durch die vermehrten Veranstaltungen zu Tage treten. Ich denke, dass es hoch an der Zeit ist nicht die Frage zu stellen, ist das Museum Arbeitswelt sinnvoll oder nicht. Die Frage stellt sich hier herinnen gar nicht, wir sind ja alle dafür, sondern es stellt sich sehr wohl die Frage über die Finanzierung in der Zukunft. Die Selbsterhaltungsquote muss schlichtweg höher werden. Vor allem wenn sie vom Non-Profitbereich in den Profitbereich überwechseln. Ein Museum ist ein Non-Profitbereich. Da ist jedem klar, das kann ich nicht kostendeckend führen, da muss ich öffentliche Gelder in die Hand nehmen. Derzeit haben wir die Situation, allerdings weiter in die Zukunft prognostiziert, dass wir in den Profitbereich gehen. Weil Veranstaltungszentren werden auch von Privaten geführt, und vor allem mit Gewinn geführt. Mit Anfangsschwierigkeiten müssen sie auch rechnen, aber es muss die Selbsterhaltungsrate höher werden. Und das vermisste ich derzeit schon noch, auch in diesen Prognosen, die nicht von mir stammen, sondern vom Museum Arbeitswelt. Ein anderer Bereich sind diese viel zitierten 25 Millionen Schilling, um die es insgesamt geht, wo immer wieder von externer Finanzierung die Rede ist. Für mich ist es keine externe Finanzierung, wenn sämtliche 25 Millionen Schilling aus Geldern der öffentlichen Hand stammen. Ob das der Bund, das Land, oder die Stadt ist, ist nicht so vordergründig. Für uns ist es besser, wenn es mehr der Bund oder das Land ist, aber es kommt alles aus öffentlichen Geldern. Das heißt, eine externe Finanzierung liegt de facto nicht vor. Ein anderer Punkt ist der, wir haben ja heute nicht nur den Beschluss über diese 1 Million Schilling, sondern es steht auch im Amtsbericht ganz genau, dass es darum geht, 5 Millionen Schilling verteilt auf mehrere Jahre zu zahlen. Wenn ich mir denke, dass es bis heute keinen beschlossenen mittelfristigen Finanzplan, kein mittelfristiges Finanzkonzept der Stadt Steyr gibt, und dass ich dann hergehe und plötzlich eine 5 Jahres-Förderung gewähre, obwohl

ich noch gar nicht weiß, wie im nächsten Jahr meine Einnahmen- und Ausgabensituation sein wird, dann halte ich das nicht für eine besonders seriöse Budgetpolitik. Meine geschätzten Damen und Herren, vor allem vor dem Hintergrund, dass sie in den nächsten Jahren mit Mindereinnahmen rechnen werden müssen, ich sage nur das Stichwort „Getränkesteuerentfall“, auch mit unserer Zweckwidmung werden wir uns wahrscheinlich nicht lange rüberretten können. Auf der anderen Seite werden wir Mehrausgaben haben. Wir werden durch die Folgekosten jener Projekte, die wir in den letzten Jahren in Angriff genommen haben, Mehrausgaben haben. Und die haben wir zum Teil in unseren Finanzplanungen, die ja in unseren Einjahresschritten de facto nicht vorhanden sind, nicht drinnen. Das heißt, die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben wird immer mehr auseinander klaffen. Auch von daher halte ich es für problematisch, jetzt schon zu sagen, heuer die 1 Million, nächstes Jahr die nächste Million usw., ohne zu wissen, ob wir das Geld dafür überhaupt haben. Vor allem wird ja unser Geldtopf nicht mehr, wir müssen es ja von jemand anderen wegnehmen. Ohne jetzt etwas gegeneinander aufrechnen zu wollen, dass die Realität so ist, das ist Faktum. Wer im Kulturausschuss sitzt der weiß, dass das oft nicht zum Aushalten ist, sie erleben das ja auch sehr oft von mir Kollege Lengauer. Meine Damen und Herren, ich sage das ganz offen, ich halte das oft nicht aus, wenn wir um S 20.000,-- oder um S 50.000,-- für irgendeine Projektförderung für einen Kulturverein streiten. Ich halte das wirklich nicht aus, wenn ich mir denke dass wir ein Budget von fast 1,2 Mrd. Schilling haben, und dann streiten wir, da korrigiere ich mich, wir streiten nicht, wir diskutieren an sich sehr sachlich, aber es heißt trotzdem immer wieder, wir haben kein Geld mehr. Wir können dem nicht S 20.000,-- oder S 50.000,-- geben. Ich will gar nicht in den Sozialbereich gehen, das ist ein anderes Thema, aber auch dort ist es so. Wir können für nächstes Jahr maximal eine mobile Altenhilfe aufnehmen, wir würden aber ungefähr drei brauchen. Ja dann denke ich mir schon, dass wir uns die Frage der Prioritäten stellen müssen, auch die Frage, ob wir uns das alles leisten können, und ob wir dann nicht Leistungen für jene zurücknehmen müssen, die es dringender brauchen. Da bin ich dann bei der Gleichbehandlung aller Subventionsempfänger. Ich halte es ebenfalls nicht mehr aus, dass es ständig so ist, dass der, der eine Parteilobby im Hintergrund hat, zu seinen Subventionen kommt, und der, der diese Parteilobby nicht im Hintergrund hat, der muss sich hinten anstellen. 1 Jahr hinten anstellen, 2 Jahre hinten anstellen, und wenn er noch nie auf einer Subventionsliste war, dann kommt er auch nicht hinauf, denn da gibt es ja die Rechte derer, die früher dran waren. Ich denke, man müsste wirklich einmal von dieser Parteilobby weggehen. Beim Museum Arbeitswelt weiß man halt, dass diese Parteilobby da ist, und auf Kosten dieser Parteilobby gehen dann andere Privatinitiativen zum Teil sogar unter. Das halte ich nicht für besonders zielführend. Lieber Gerhard, nun zu der aufgetauchten Frage, ja warum regen wir uns denn auf, dass diese Million nicht im Budget drinnen war, das ist ja nur ein Formalismus. Ja ich lebe eigentlich da herrinnen die ganze Zeit immer mit diesen Formalismen, wo es heißt, das haben wir nicht im Budget und deshalb können wir es nicht machen. Ob das jetzt eine Jugendstudie ist, oder ob das andere Dinge sind, da höre ich laufend, das ist nicht im Budget, das können wir nicht machen. Jetzt auf einmal heißt es, Formalismen spielen ja keine Rolle. Man sieht, das ist eine Sache der jeweiligen Betrachtungsweise.

GEMEINDERAT MAG. GERHARD KLAUSBERGER:

Wehrgrabenentwicklung!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich denke, wir sind im Bereich des Fazat einen guten Weg gegangen. Wir sind nämlich in der letzten Zeit dazu übergegangen, dass wir gesagt haben, wir geben eine laufende Subvention, und dafür werden auch Leistungen für die Stadt erbracht. Das halte ich für einen gangbaren, guten Weg. Das passiert beim Museum Arbeitswelt wohl oder übel nicht, weil wenn ich mich erinnern kann, gab es

erst kürzlich die Preisverleihung des Literaturpreises der Stadt Steyr, und da musste ich in der Kostenrechnung sehen, dass das Museum Arbeitswelt für diesen Abend, wo wir die Preisverleihung des Jugendliteraturpreises gemacht haben, S 6.000,-- verlangt. Da denke ich mir, irgendwie müsste man auch da ein Abkommen treffen.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Es geht da nicht alleine um die S 6.000,--, über das Jahr verteilt ist es mehr. Ich denke mir einfach, Gegenleistung und Leistung sollte sich in einer Balance befinden. Es ist schon erwähnt worden, das Museum Arbeitswelt hat bis dato 117 Millionen Schilling an öffentlichen Geldern erhalten, das war die Zahl die von der Kollegin Feller-Höllner gekommen ist. Ich bin sehr wohl auch für den Umbau, aber ich denke mir, man sollte schon einmal das Bewusstsein schaffen, dass man vielleicht manche dieser Leistungen, ohne große Abstriche in der Qualität zu machen, günstiger erbringen hätte können, und damit auch dem Steuerzahler Geld erspart hätte. Der Ausdruck Kleingeist, der immer fällt, auf den gehe ich gar nicht so ein, denn das ist so ein Killerargument. Nur eines, lieber Andi Kupfer, gefällt mir schon. Wenn ich heute die Steyrer Rundschau aufschlage, dann lese ich von dir, es stinkt zum Himmel, dass wir kein Geld für öffentliche Toiletten haben.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Anscheinend haben wir es nicht, sonst würden wir es ja machen. Auf der anderen Seite wirfst du uns vor, wir hätten da einen Kleingeist, wo wir uns aber nur bemühen das Geld einzusparen. Und zwar nicht auf Kosten von Projekten, sondern wir sind bemüht, nur eine bessere sinnvollere Finanzierung auf die Beine zu bringen, indem auch mehr Externe zuzahlen, z. B. indem man sich auch Kooperationen mit Privaten sucht. Also, irgendetwas passt da nicht zusammen. Und wenn etwas zum Himmel stinkt, geschätzte Damen und Herren, dann ist es das, dass Diskussionen dieser Art gerade von eurer Seite her, von den Grünen, dann immer auf die ideologische Ebene gehoben werden und mit Killerphrasen argumentiert wird.

Diskussion verschiedener Mandatäre

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Blassblau!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Lieber Kollege Kupfer, ich bin lieber blassblau, als tiefrot-grün.

Ich finde, es besteht in dieser ganzen Diskussion eigentlich ein Nachholbedarf. Und zwar den Nachholbedarf, dass wir uns sicherlich in den nächsten Jahren zusammen setzen und überlegen müssen, wie wir das Museum Arbeitswelt in Zukunft finanzieren. Ich darf sie auch daran erinnern,

dass der Zuschuss zum laufenden Betrieb des Museum Arbeitswelt im nächsten Jahr auf 1,5 Millionen Schilling erhöht wurde.

Unverständliche Zwischenrufe

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Bitte, hier im Amtsbericht habe ich es gelesen. Entwurf 2000 - 1,5 Millionen Schilling - Hackerl.

Diskussion verschiedener Mandatare

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Aber es wird mehr werden, wenn wir nicht hergehen und dort ein Kostenbewusstsein schaffen. Deshalb bin ich auch über die Argumente der SPÖ und der Grünen ein bisschen verwundert. Ich glaube, wenn wir alle für das Museum sind, und das sind wir, müsste es uns allen ein Anliegen sein, dass wir alle gemeinsam auch dafür sind, dass dort im Sinne der Steuerzahler möglichst kostengünstig gearbeitet wird. Aber ohne ständig den Vorwurf zu bekommen, man sei dagegen, nur wenn man versucht etwas besser zu machen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Herr Gemeinderat Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Sehr geehrte Frau Bürgermeister, sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Presse. Ich möchte nur drei Sätze sagen. Ich verwehre mich dagegen, mir einen ideologischen Blick vorzuhalten bzw. vorzuwerfen, wenn ich eine andere Meinung habe als der Herr Apfelthaler, denn ich denke, ich sehe und kämpfe wirklich ohne ideologischen Blickwinkel und Hintergrund für die Anliegen der Steyrer Bevölkerung.

Das heißt nicht, dass ich nicht auch einen parteipolitischen Hintergrund in meinen Überlegungen haben darf. Ich möchte jetzt aber nicht den selben Fehler wie sie machen. Der Belehrung, dass zwischen ideologischen Blickwinkel und parteipolitischen Hintergrund ein Unterschied ist. Wenn der Mag. Klausberger von Kleingeistarbeit spricht, dann muss ich ihm Recht geben, denn dieses Auf- und Abrechnen ist kleingeistig. Das ist aber unsere Tragik und unser Problem in der Vergabe der kulturellen Mittel.

Aber wenn eine andere Meinung eine dezimierte Geisteshaltung sein soll, Herr Kollege Apfelthaler, dann wundere ich mich. Danke.

Beifallskundgebung

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Zu Wort gemeldet hat sich unser Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Nachdem da stundenlang über den Wehrgraben diskutiert wurde, muss ich mich als wohnhafter „Wehrgrabler“ auch ein bisschen dazu äußern. Ich muss schon sagen, es ist im Prinzip eigentlich eine nette und vorweihnachtliche Diskussion, über einen vergleichsweise beherrschbaren Betrag. Wenn ich in dem Haus, in dem Saal, das Rad der Geschichte um 20 Jahre zurückdrehe, da hat auch eine Debatte darüber stattgefunden, was man mit dem alten Industriegemäuer im Wehrgraben überhaupt tun soll. Es ist von der Stadt eine Studie in Auftrag gegeben worden, was es denn kosten würde, dieses an die Stadt zurückgefallene ehemalige Hackwerkeareal zu sanieren. Die Kosten sind damals mit 220 Millionen Schilling eingeschätzt worden. Ich muss ihnen sagen, dass es eine verhältnismäßige blasse Versammlung war, die da stattgefunden hat. Ich meine damit, die Gemeinderäte und -rätinnen sind mit sehr blassen Gesichtern da gesessen. Niemand wusste eigentlich so recht, wie man das Thema weiter behandeln soll. Unfinanzierbar, das war so die Meinung der im Finanzbereich Tätigen und auch des damaligen Magistratsdirektors. Was sollen wir mit dem alten Gemäuer tun? Ich darf daran erinnern, dass es aufgrund der Größe sogar ein Sicherheitsrisiko für die Kinder war, denn man hat es nicht einmal ordentlich absperren können. Mit so einem alten Gemäuer ist leider dann in einem anderen Stadtteil ein grässlicher Unfall mit einem Kind passiert. Es ist den Gemeindevätern auf der Brust gelegen, und sie haben eigentlich nicht gewusst, was man damit tun soll. Da war nicht so eine angeregte Diskussion über einen mehrmaligen Umbau einer Eingangssituation. Überhaupt nicht, das wäre ein Lercherl gewesen. Man hat ein Projekt gehabt, und man wusste nicht wie man herangeht. Das Museum Industrielle Arbeitswelt war dort unten das Schlüsselprojekt. Es war der geistige Funke, dort etwas Neues zu tun. Anhand dieser Idee, hat sich das Projekt entwickelt. Ich bin vor dem alten Gemäuer gestanden, einige von ihnen haben sich das vielleicht auch damals angesehen. Ich habe in meiner Funktion als Metall- und Bergarbeitergewerkschaftsvertreter mehrmals die Gelegenheit gehabt, Betriebsbesuche bei den dortigen Kollegen in den Hackwerken zu machen. Es war in einem fürchterlichen Zustand.

Das Museum Arbeitswelt dort zu machen, diese Idee haben in Wirklichkeit Gewerkschaftsschüler von ihrer Abschlussreise aus England mitgebracht. Es war notwendig eine Übereinstimmung mit möglichen Geldgebern zu finden. Es haben Debatten zwischen Gewerkschaftsbund, Wirtschaftskammer und Industriellenvereinigung stattgefunden, ebenso politische Gespräche. Man hat sich dann langsam dazu entschieden, ein großes oberösterreichisches Projekt daraus zu machen, ein Landesausstellungsprojekt. Das war der Beginn dieser Entwicklung. Wir haben dann, als diese Ausstellung ein großer Erfolg geworden ist, das erste Haus dort unten gehabt. Wir haben dann gesagt, das ist eigentlich ein Blick in den Rückspiegel, und dabei kann es nicht bleiben. Wir hatten es mit einer wirtschaftlich schwierigen Situation zu tun, massive Personalabbaumaßnahmen in den Steyrer Großbetrieben haben stattgefunden. Da haben wir dann gesagt, bis daher - Rückspiegel - aber jetzt in die Zukunft; und daraus ist Fazat entstanden. Das hieß ein Rezept für neue Entwicklungen zu finden, einen Weg zu neuen Ufern zu suchen und wieder nach dem Prinzip Hoffnung zu arbeiten, den Menschen auch diese Hoffnung zu geben, und das Schritt für Schritt zu realisieren. Vom Gemeinderat der Stadt Steyr sind damals 220 Millionen Schilling als unfinanzierbar betrachtet worden. Bis jetzt stecken dort mindestens 350 Millionen Schilling drinnen. Wenn ich nur eine Schätzung abgebe, dann wird die Stadt Steyr alles in allem etwa 20 % davon bezahlt haben. Ist das nicht eine großartige Idee, ein ganzes Viertel, noch dazu ein historisches, das unter Denkmalschutz steht, in 20 Jahren zu sanieren, und dort wieder Leben in der höchsten Qualität hinzubringen. Ich muss sagen, in Anbetracht dessen, dass einmal ein bisschen mehr Zeit dafür bleibt, nimmt sich diese Debatte, die wir heute gehabt haben, in ihrer Dimension nicht so riesig aus. Es waren 140 bis 160

Veranstaltungen, aber wenn ich nur die zwei bedeutsamen Veranstaltungen der letzten Zeit hernehme, ist es ein geistiges Zentrum in unserer Stadt geworden. Wir können stolz darauf sein, neidig sind es uns die anderen. Wenn ich nur 2 Veranstaltungen heraushebe, die europäischen Wissenschaftstage in Steyr, von denen verspreche ich mir noch sehr viel. Wenn sich alle Jahre zukünftige Nobelpreisträger von der ganzen Welt hier versammeln, um von allen Medien mit europäischer Aufmerksamkeit bedacht, mit Doktoranden Forschung zu betreiben, dann kann das doch unserer Stadt nur gut tun. Man kann mit denen doch nicht ins Akku rübergehen, nicht in unseren Stadtsaal, und schon gar nicht ins Heimathaus. Es war einfach notwendig, hier Investitionen zu tätigen, und wir haben jetzt die Qualität erreicht.

GEMEINDERAT GÜNTER FÜRWEGER:

Weil dort nichts gemacht worden ist!

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Ja, ja, Herr Kollege, ich weiß ja, dass sie für das Heimathaus sind, aber sie sind Mitglied in einer Fraktion ohne Portefeuille, da sind sie natürlich nicht im Ausschuss und wissen auch nicht, dass wir eh dort auch etwas machen. Wie der Professor Breitling so schön sagt, es ist nur eines nicht möglich: Die Leute wollen alles, und alles zugleich, und alles zugleich geht nicht. Wir haben dort nachhaltig über 20 Jahre einen Schwerpunkt gesetzt, und das ungeheuer erfolgreich. Ich muss euch sagen, ich persönlich glaube, dass z. B. das Museum Arbeitswelt, in dieser neuen Konfiguration, mit diesem Angebot, in einer anderen Dimension, ein konkurrenzfähiges Veranstaltungszentrum zum Linzer Designcenter ist, das auch eine großartige Sache ist, wo ich aber froh bin, dass es nicht in Steyr steht, weil wir uns das niemals leisten könnten.

Natürlich gibt es Schwierigkeiten bei der Finanzierung des laufenden Betriebes, aber wir können uns das leisten. Aber über eines muss man sich bitte sehr schon im Klaren sein; schauen sie sich einmal den Abgang beim Designcenter an, das ist mit 11 Leuten sehr straff geführt, aber es muss natürlich alles auswärts vergeben werden. Es treten dort gewaltige Kosten und Abgänge auf, aber eine Stadt wie Linz braucht so ein Haus. Ich bin froh, dass es in Oberösterreich ein solches Haus wie das Designcenter gibt. Ich bin aber stolz darauf, dass wir mit dem Museum Arbeitswelt, in der richtigen Dimensionierung und einer hervorragenden Qualität, ein Veranstaltungszentrum anbieten können. Ich muss ehrlich sagen, z. B. die letzte Automobilveranstaltung, 600 Manager aus ganz Österreich kommen da her und sind durchwegs begeistert. Meine Damen und Herren, man hätte das mit dem alten Museum Arbeitswelt nicht machen können. Ihr wisst ja, dass es da nur den Festsaal, und den dahinter liegenden Saal auf der anderen Seite, gegeben hat. Es ist auch notwendig, dort modernste Kommunikationstechniken zu haben. Wenn hier die Leute, die auf der Vormerkliste der Nobelpreisträger stehen, von der Zukunft in der Wissenschaft reden, oder wenn die Manager, die hier die österreichische Wirtschaft in die Zukunft führen sollen, ihre Reden halten, dann müssen wir dieses Angebot haben. Jetzt kann man natürlich darüber streiten, ob die eine Glastür, oder dieses und jenes, anders sein sollte. Nur, klopf euch mit der Hand auf die Brust, wenn wir das ausdiskutieren müssten, wie das genau ausschauen sollte, da würden wir immer noch reden, und es wäre noch nicht fertig. Ich sage das hier wirklich ganz offen. Weil hier gesagt wurde, öffentliche Gelder sind hier hinein geflossen, da muss ich sagen, Gott sei Dank. Aber ich rege mich deshalb nicht auf, ich freue mich ungeheuer darüber. Wenn ich diese Prozentrechnung richtig mitverfolgt habe, dann haben wir 12 % bezahlt, und andere haben 88 % bezahlt. Da brauche ich gar nicht in ein anderes Bundesland gehen, aber haben sie sich jemals aufgeregt, wie z. B. das Konferenzzentrum Toskana gebaut wurde? Wir haben nur neidvoll hingeschaut. Haben sie sich angeschaut, was über die Jahre hinweg der Abgang dieses Konferenzzentrums ist? Da brauchen wir wieder nicht neidig sein. Vergleichsweise

wird das Museum Arbeitswelt kostengünstig geführt. Ich will nicht bestreiten, dass dort nicht auch Sparmaßnahmen möglich sind. Ich glaube auch, dass es von der Strategie her wirtschaftlich richtig und gerechtfertigt war, neben dem musealen Bereich einen Veranstaltungsbereich zu machen. Das hilft dem musealen Bereich, weil im Zuge von Veranstaltungen sehr viele Leute herkommen. Es ist aber vor allen Dingen eine Chance, hier Deckungsbeiträge für den Betrieb zu erwirtschaften. Ich halte das Konzept für außerordentlich richtig. Es ist rechtzeitig und schnell umgesetzt worden. Jetzt sage ich ihnen noch etwas, wenn sich ein Mitglied der OÖ. Landesregierung bereit erklärt, eine Vorsitzstelle eines Vereines in Steyr auf ehrenamtliche Basis zu übernehmen, dann können wir herzlich froh sein. Ganz gleich von welchem politischen Couleur er kommt. Wenn sich der dann auch noch in den Kopf setzt etwas zu tun, und nicht nur zu verwalten, ein Investitionsprogramm umsetzen soll und will, und wenn das 25 Millionen Schilling sind, und wir davon 4 Millionen Schilling zahlen sollen, dann müssen wir uns bewusst sein, dass das Ding in Steyr steht, und dass es zu unserer höheren Ehre gereicht. Dann dürfen wir dabei wirklich nicht kleinlich sein. Ich gebe der Frau Kollegin Frech Recht, dass wir uns auch mit der mittelfristigen Betriebsphilosophie auseinandersetzen müssen, und uns hier auch anschauen müssen, wie der Geschäftsplan aussieht, und wie das dort auch weitergehen wird. Sorgen mache ich mir bei dem Museum Arbeitswelt weniger als bei einem anderen Museum, das z. B. Industrieforum heißt. Wo wir in letzter Zeit auch mächtig investiert haben, und wo ich noch das Geschrei derer in den Ohren habe, die gesagt haben, das verschlafen sie auch wieder. Wir haben es nicht verschlafen, es ist gemacht worden. Aber momentan wissen die Verantwortlichen im Vorstand nicht ganz genau, wie das dort weitergehen soll. Die Zukunft dieser Veranstaltung scheint mir zur Zeit nicht so gesichert zu sein, wie die im Museum Arbeitswelt. Das ist ein Versuch auf einer anderen Ebene, eine kleine Relativierung vorzunehmen. Darum bitte ich sie hier die Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke vielmals. Herr Kollege Kupfer bitte.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Geschätztes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Presse.

Der Kulturkampf der FPÖ, man muss eher sagen der Kulturkrampf, hat über Umwege, Kärnten und Wien, auch wieder Steyr erreicht. Wir haben das auch schon in den neunziger Jahren gehabt, und jetzt haben wir das wieder aufgewärmt. Es ist nicht wirklich verwunderlich, wenn man sich die Ideologie der FPÖ in kulturpolitischen Fragen zu Gemüte führt. Ich denke mir, darüber brauchen wir gar nicht lange diskutieren, das ist nun einmal so. Viel trauriger ist in dem Zusammenhang die Stellungnahme der ÖVP. Ich weiß nicht warum gerade jetzt, wo die Regierungsbildung auf Bundesebene nicht zustande kommt und man so ein bisschen nach Blau schießt, vielleicht hat das ein bisschen eine Nebenwirkung.

Gelächter

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Aber es ist wirklich nicht verständlich, und speziell von einem Ausschussvorsitzenden ...

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Herr Kollege Lengauer, als Kulturausschussvorsitzender ist es ein ziemlich schlechtes Statement von ihnen gewesen. Eines muss uns schon klar sein, wir haben hier nicht über die Beschneidung des Kulturkuchens gesprochen, nämlich diese zusätzliche 1 Million Schilling für dieses Jahr, und zusätzliche Mittel für die weiteren Jahre, sind niemanden herunter geschnitten worden. Das was sie gemacht haben, und das haben sie als Kulturausschussvorsitzender gemacht, sie haben tatsächlich die Vereine, die Kulturschaffenden und das Museum Arbeitswelt, das eine ganz wichtige Vernetzungsfunktion zwischen diesen Vereinen wahrnimmt und ein Ort für viele Vereine ist, gegeneinander ausgespielt. Und das ist für mich, wo ich normalerweise ihre Arbeit im Kulturausschuss sehr schätze, unverständlich. Diese Haltung ist kleingeistig und provinziell.

GEMEINDERAT ING. KLAUS HOFLEHNER:

Wir sind ja in der Provinz!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Das kann unter Umständen aus Unwissenheit sein, aber ich glaube eher, dass das eine politisch strategische Haltung von der ÖVP ist, die sehr wohl mit Ideologie etwas zu tun hat.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Das wird meine pensionierte Geisteshaltung sein!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Es ist heute schon einmal gesagt worden, „Ich halte das nicht mehr aus“. Ich halte es nicht mehr aus, wenn die Leute dann bei den Eröffnungen, wie z. B. beim Cafe, ...

Unverständlicher Zwischenruf von GR Reznar!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Die Frau Kollegin Reznar hat sich heute noch nicht zu Wort gemeldet, weil der Adlatus heute nicht hier ist, vielleicht hören wir ja nachher noch eine Rede.

Gelächter

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Ich halte das nicht aus, wenn dann bei den Eröffnungen das RTV kommt, dann wird um die erste Reihe gestritten, darf ich da sitzen oder da, dann präsentiert man in der Öffentlichkeit, was man erreicht hat. Bei sämtlichen Veranstaltungen im Museum Arbeitswelt, werden wir uns wieder um die erste Reihe streiten, wer dann die wichtige Funktion der Kulturausschussvertreter wahrnimmt. Da sind sie dann wieder Erster. Wenn man diese Thematik nüchtern betrachtet, dann geht es hier um eine Umstrukturierung, um einen Ausbau, der zum Großteil bis jetzt das Caféhaus, und dieses obere Stockwerk, betroffen hat. Wenn man sich dieses Museum vorher angeschaut hat, und wenn man es sich jetzt anschaut; der Kollege Mayrhofer lacht, aber sie haben doch gesagt, die Casserole hat zugesperrt. Wollen sie wirklich den Teilnehmern des Symposiums oder anderer Veranstaltungen zumuten, auf einen Kaffee in die Casserole zu gehen? Statt einer Cateringmöglichkeit, die sonst in jeder Einrichtung ähnlicher Qualität überall Usus ist, haben wir ein Café, wo es nicht einmal einen Zapfhahn für ein Bier gibt, da gibt es einen Kühlschrank und eine Theke. Das ist architektonisch hervorragend gelöst, super. Dann haben wir einmal in einem schönen Stadtteil in Steyr, der davon nur profitieren kann, eine moderne architektonische Lösung. Sie plädieren ja sonst auch immer für Mut in der Architektur, sind wir doch froh, dass wir hier, an diesem wichtigen Punkt in diesem Stadtteil, einen Impulsgeber haben.

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Ich habe auch nicht erwartet, dass sie meine Stellungnahme verstehen!

GEMEINDERAT HANS PAYRLEITHNER:

Sie können aber auch gegenüber zum Röber gehen!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Richtig, das ist der nächste Punkt, da müssen wir weiter tun. Dass sie da nicht dabei sind, das ist eh klar.

Meine lieben Kollegen, Kleingeist ist das, wenn wir vom Bund und vom Land in den letzten Jahren, mit dieser Subvention die jetzt dazu kommt, 130 Millionen Schilling kriegen, und wir diskutieren. Die Landespolitiker, der Landeskulturreferent, ÖVP-Mitglied Herr Pühringer, der macht sich so etwas nicht mit, der gibt 15 Millionen Schilling her. Wir diskutieren hier um 4,5 bzw. 5 Millionen Schilling, und der Landeskulturreferent diskutiert nicht darüber, der gibt, der ermöglicht. Und wir haben hier eine kleingeistige Diskussion, wo dann von der Kollegin Frech über den Deckungsgrad gesprochen wird. Ja, das ist ausbaufähig, es ist auch mit dem neuen Konzept geplant, dass einnahmenseitig mehr kommt. Aber dann zu sagen, die Stadt soll eigentlich nichts zahlen, da brauchen wir keine Kostenwahrheit, da gibt es keine Kostendeckung; wo wir es sonst immer verlangen, aber von der Frau Gabriele Heger, in Zusammenarbeit mit der Stadt Steyr, nicht zu verlangen, das ist ziemlich widersprüchlich. Noch einmal, in den letzten 10 Jahren 130 Millionen Schilling vom Land und vom Bund, 20 Millionen Schilling, mit diesen 5 Millionen Schilling die wir jetzt dabei haben, von der Stadt; 130:20, und wir diskutieren hier um S 7.000,- von einem Geländer. Wenn das nicht kleingeistig und provinziell ist, und da haben wir noch gar nicht über Gebühren, Steuern, also die ganzen Synergien die an die Stadt zurückfließen, diskutiert.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Sie sagen, das ist gar nichts. Wissen sie, wie viel Getränkesteuer durch die Veranstaltungen jährlich zurückkommt?

GEMEINDERAT ING. WOLFGANG HACK:

Die Getränkesteuer gibt es eh bald nicht mehr!

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Wissen sie, wie viel Lustbarkeit etc. gezahlt wird? Ich weiß es auch nicht genau, aber sie können sich sicher sein, dass da Einiges an die Stadt zurückkommt, und es werden dort auch Arbeitsplätze gesichert, die ihnen neben den ganzen anderen wichtigen Sachen scheinbar nicht wichtig sind. Über das hätten wir diskutieren müssen. Der Kollege Klausberger hat es ja angesprochen, wenn wir über das Museum Arbeitswelt diskutieren, dann sollten wir eigentlich inhaltlich diskutieren. Das hat mir bei ihnen gefehlt. Ich sage ihnen jetzt meine Anmerkungen. Was mit dem Museum Arbeitswelt weiter passiert, das ist sehr wohl eine politische Diskussion. Wir haben hier das Problem Zeitwerkstatt, das irgendwann zu lösen ist. Uninteressant, das weiß ich eh. Wir haben das Problem mit dem Ausstellungsbetrieb - Museum, das muss auch irgendeiner Lösung zugeführt werden. Der Kollege Klausberger hat es angesprochen, wir haben eine ganz andere Funktion, und das ist für mich die wichtigste vom Museum Arbeitswelt. Das Museum Arbeitswelt an diesem Ort, und mit diesem Know-how, mit dieser Kompetenz und mit dieser personellen Ausstattung, die sonst keine kulturelle Einrichtung in der Stadt hat, das müssen wir als Stadt, für ganz andere Themen an uns binden. In der Diskussion vor einigen Wochen, wo der Kollege Klausberger und ich teilgenommen haben, ist sehr klar gesagt worden, was möglich wäre. Es ist mittlerweile 5 Jahre her, dass es ein Stadtentwicklungskonzept gegeben hat, Stadtteilarbeit im Wehrgraben, im Steyrdorf, im Resthof. Da gibt es Leute die uns anbieten, zusammen mit allen Institutionen die Interesse haben, das zu machen. Da gibt es eine ganz schöne Geschichte. Wir haben uns damals sehr gefreut, wie der von mir sehr geschätzte Dkfm. Lazina, die Ergebnisse der Zukunftswerkstatt präsentiert hat. Hervorragende Arbeit, sämtliche Institutionen, alle Parteien, alle Vereine waren dabei. Leider ist die ganze Geschichte eingestellt worden. Das wäre eine Geschichte für das Museum Arbeitswelt, wo wir uns als Politiker, als Vereine einsetzen müssen, dass wir das Personal, das dort unten ist, tatsächlich nutzen. Für solche Projekte, die wir uns nicht leisten können, denn wir können kein Stadtteilprojekt im Resthof auf die Füße stellen, wir können das Steyrdorf nicht alleine machen, da bieten die das an, eine Vermittler-, eine Koordinationsfunktion zu machen. Alles uninteressant, eh klar. Wir können stolz sein, dass es das Museum Arbeitswelt gibt, wir können stolz sein, dass das Land und der Bund diese Institution so großzügig fördern. Aber wir können nicht stolz sein, dass drei Fraktionen, die ÖVP, die FPÖ und leider auch das LIF, diese Debatte dermaßen unter Niveau geführt haben.

Beifallskundgebung verschiedener Mandatäre

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Als nächster zu Wort gemeldet ist Herr Dr. Wetzl.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Wertes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Presse. Man muss feststellen, dass speziell in den letzten Minuten und in der letzten halben Stunde völlig am Thema vorbeigeredet wird. Insbesondere der Herr Bürgermeister, eigentlich hätten sie einen Ruf zur Ordnung kriegen müssen, nämlich zur Sache, zum Thema, aber jetzt auch der Kollege Kupfer. Es wird die ganze Zeit darüber gesprochen, ob das Museum Arbeitswelt sinnvoll ist, oder ob es eine nicht sinnvolle Einrichtung ist. Von denen, die sich heute zu Wort gemeldet haben, und die zum Ausdruck gebracht haben, dass sie gegen diese Subvention sein werden, stellt überhaupt keiner diese Institution in Frage. Und ich sage es auch jetzt für das Protokoll noch einmal, es ist eine gute Einrichtung, es ist eine sehr gute Einrichtung, es ist eine sinnvolle Investition, wie der Kollege Payrleithner oder der Kollege Mayrhofer es auch schon gesagt haben.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Aber ihr seid dagegen, dass wir da etwas dazu zahlen.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Moment, lassen sie mich bitte einmal ausreden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Wieso, darf man neuerdings keinen Zwischenruf mehr machen?

Gelächter

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Ja, sie können eh, aber bei mir machen sie immer gerne Zwischenrufe. Aber es macht mir eh nichts, ich werde ungestört weiter reden.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Nein, nein, ich lasse sie eh schon wieder gehen.

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Sie dürfen ruhig, ich duelliere mich immer gerne mit ihnen, es ist eh immer leicht zu widerlegen.

Was machen die Grünen? Die Grünen spielen sich überhaupt wieder mit der Ideologie. Diejenigen, die dagegen sind, sind Kleingeister, Kleinkrämer, vom Kulturkampf ist die Rede usw. Ich weiß nicht, mit Toleranz hat das nichts zu tun. Sie waren ja eh erst vor kurzem wieder bei den Lichtlmarschierern dabei, ihr seid wahrscheinlich beim Stephansdom aufgelaufen und habt für die Toleranz demonstriert. Also, wenn man diejenigen, die für einen sparsamen Umgang mit Steuergeldern sind, diffamiert oder als Kleingeister herabzusetzen versucht, dann finde ich, dass das eine Beleidigung ist. Ich finde das nicht für richtig, und das lässt sich auch mit Toleranz nicht vereinbaren. Ich weiß nicht, warum die Frau Kollegin Reznar angegriffen wird, nur weil sie zu dieser Eröffnung hingeht. Ich sage dir nur eines, die Kollegin Reznar hat sicher schon einige Jahre länger Steuergelder bezahlt als du

Unverständliche Zwischenrufe verschiedener Mandatäre

Gelächter

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Daher wird es ihr auch zustehen, dass sie zu dieser Eröffnung geht. Weil was du offensichtlich nicht erkennst, dass das mit dem Steuerzahler finanziert wird, öffentliche Gelder werden hineingeworfen, und das ist auch richtig.

Diskussion verschiedener Mandatäre

Ordnungsruf

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Ja, die Wahrheit tut weh. Ich weiß, du hast dazu noch nichts beigetragen, weil mit deinen Steuergeldern wird das nicht gebaut. Das ist der Unterschied, wenn du Steuer zahlen musst, wirst du wahrscheinlich anders denken. Öffentliche Gelder, Herr Bürgermeister, das ist völlig in Ordnung, ja selbstverständlich müssen da öffentlich Gelder hineingeworfen werden, keine Frage. Wer soll es denn zahlen? Die Privatwirtschaft wird so etwas nie aufziehen, da ist das Interesse dafür nicht da. Daher muss das selbstverständlich die öffentliche Hand subventionieren und fördern, ganz richtig und ganz korrekt. Und noch einmal, es war gut und richtig. Aber um was geht es bei der heutigen Debatte, und das haben alle Redner die dagegen waren ganz klar und deutlich zum Ausdruck gebracht. Es geht nur gegen eine Verschwendung, nicht mehr und nicht weniger. Zum Thema Verschwendung, auch wenn es euch vielleicht nicht so passt, dieses Beispiel der Toilette, das ist ja symptomatisch dafür. Ich weiß, das gefällt euch nicht, aber es ist wirklich symptomatisch dafür, dass man dort auf einer Toilette eine Videoanlage und einen Monitor errichten muss. Wenn die Kollegin Feller-Höllner meint, das kostet nur S 2.000,--, dann sage ich ihnen, das kostet genau S 2.000,-- zu viel. Und wenn der Videofilm S 128,-- kostet, dann sind es genau S 128,-- zu viel. Und wenn die ganzen Investitionen S 9.000,-- gekostet haben, dann sind es genau S 9.000,-- zu viel.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Andreas Kupfer

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Gib endlich Ruhe, du liegst, wie so oft, derart daneben. Es geht nur darum, dass sparsam umgegangen wird. Fragt einen Einzigen, der Steuern zahlt, unten am Stadtplatz, ob er Verständnis dafür hat, dass sein Geld so verschwendet wird. Beispiel Toiletten, wenn jemand so Gefallen daran findet, dass er einen Monitor daheim hat, dann soll er ihn daheim auf seinen Lokus installieren. Dann soll er ihn aber mit eigenem Geld bezahlen, und nicht mit Steuergeld.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Andreas Kupfer

Ordnungsruf

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Es gibt kein Verständnis dafür, dass öffentliche ...

Unverständlicher Zwischenruf von GR Andreas Kupfer

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Was hat er denn der Bub; brauchst du Tabletten zur Beruhigung? Relax ein bisschen, sei ein bisschen locker.

Gelächter

GEMEINDERAT DR. WILFRID WETZL:

Jetzt sage ich es noch einmal, weil du willst es nicht verstehen, es geht offensichtlich nicht rein. Ich weiß nicht, ob der Intellekt fehlt, oder ob der Intellekt durch die Ideologie so verblendet ist, oder ob du es einfach nicht zur Kenntnis nehmen willst. Es geht darum, dass mit Steuergeldern sparsam umgegangen wird. Diese Adaptierungsmaßnahmen, die 25 Millionen Schilling gekostet haben, ich bin kein Baumeister, aber die hätten wahrscheinlich mit 22 oder 23 Millionen, oder was auch immer, ebenso durchgeführt werden können. Da spart man eben 2 oder 3 Millionen Schilling ein. Man muss mit Steuergeldern sparsam umgehen. Richtig, die Stadt zahlt da insgesamt 5 Millionen Schilling, das sind nur 20 %. Aber auch als kleiner Gemeinderat, wie du bist und auch ich bin, sollte man ein bisschen über den Tellerrand hinausschauen. Es ist dem Steuerzahler nämlich völlig egal, ob das Geld im Ausmaß von 20 % von der Stadt zugeschossen wird und die restlichen 80 % von anderen Gebietskörperschaften. Aus der Sicht des Bürgers spielt das überhaupt keine Rolle, das ist vollkommen nebensächlich. Es wird das Geld des Steuerzahlers dafür verwendet, und insgesamt ist es eine Verschwendung, nicht nur in der Toilette, sondern wie der Kollege Mayrhofer schon in zahlreichen Beispielen, plakativ und nicht polemisch zum Ausdruck gebracht hat, es ist eine Verschwendung von Steuergeldern. Wenn man ein bisschen über den Tellerrand hinaus blickt, dann muss man das Ganze einfach nüchtern erfassen und zur Kenntnis nehmen, dass hier zu viel Geld ausgegeben worden ist. Wie gesagt, man kann das Ganze mit weniger Geld durchführen. Ich kann es nur hunderttausend Mal sagen, wir sind jedenfalls nicht gegen die Institution. Ich glaube, sie glauben mir das auch, ich bin persönlich davon überzeugt, dass es eine gute Einrichtung ist, dass die Stadt Steyr damals die Zeichen der Zeit erkannt hat, dass die Investition äußerst sinnvoll war, äußerst gut war, dass man aus den Hack-Werken so eine schöne Einrichtung gemacht hat. Aber es ändert nichts daran, dass man, wenn man Adaptierungsmaßnahmen und Umbauarbeiten macht, mit dem Steuergeld sparsam umgehen muss. Es wird wahrscheinlich in den nächsten Jahren wieder

irgendetwas renoviert oder umgebaut werden, und da gilt wiederum das Gleiche, dass man möglichst sparsam mit den öffentlichen Geldern umgeht. Danke.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Frau Kollegin Frech zum zweiten Mal bitte.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Vertreter der Medien. Also ich muss sagen, ich fühle mich derzeit hier herinnen nicht sehr wohl. Ich fühle mich deshalb nicht wohl, weil ich merke, dass es nicht nur eine sehr ideologisch geführte Diskussion geworden ist, sondern auch eine sehr schwarz-weiß-malerische Diskussion ist. Nämlich so nach dem Motto, wer nicht für mich ist, ist gegen mich, und dazwischen gibt es eigentlich keine Position.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Das gibt es nicht. Wenn sie nicht mitstimmen, sind sie dagegen!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sehen sie, sie machen es sich wie immer etwas einfach.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Warum haben sie keinen Fensterplatz, und sagen ich bin nicht da?

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätzter Kollege Apfelthaler. Sie, und auch ihr Kollege Kupfer, haben heute sicherlich nichts dazu beigetragen, dass man einen positiven Eindruck von der politischen Kultur in diesem Hause mitnehmen würde, wenn man hier Besucher ist.

Unverständlicher Zwischenruf

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

So lange bin ich noch gar nicht herinnen. Ich muss sagen, ich fühle mich an sich nicht dazu aufgerufen jetzt Mandatare anderer Fraktionen zu verteidigen. Aber ich halte es auch nicht für

besonders fair, wenn man den Vorsitzenden des Kulturausschusses, wissend, dass er keine Wortmeldung mehr hat, irgendwie persönlich angreift, und der sich nicht mehr dagegen wehren kann. Das halte ich auch nicht für besonders zielführend.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Andreas Kupfer

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Lieber Andi, deine Zwischenrufe seien dir gestattet, sie tragen aber eigentlich nichts dazu bei, das Ganze auf eine seriöse Ebene zu heben. Meine Damen und Herren, manche von ihnen machen es sich wirklich zu einfach. Diejenigen die sagen, es gibt nur die eine Position, dafür oder dagegen. Wer da nicht mitstimmt, ist gegen das Museum Arbeitswelt, und überhaupt gegen alles, was unten passiert. Das ist eine sehr einfache Betrachtungsweise, die ich nicht teilen kann. Ich persönlich ...

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Das ist am einfachsten, das ist die typische Hamsterradelpolitik des Liberalen Forums.

Ordnungsruf

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich möchte wirklich gerne mehr über die Hamsterradelpolitik des Liberalen Forums wissen.

Unverständlicher Zwischenruf von GR Kurt Apfelthaler

Diskussion verschiedener Mandatäre

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das ist jetzt aber kein Zwischenruf mehr, sondern eine Gegenrede, du hast ja eh noch eine Wortmeldung.

GEMEINDERAT KURT APFELTHALER:

Aber eines muss ich schon noch anbringen. Du stehst nämlich für gar nichts. Du machst einen Fehler, trägst aber keine Elemente zur Diskussion bei, und aburteilst uns dann, wer jetzt qualitativ etwas beiträgt oder nicht.

Ordnungsruf

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Das ist jetzt aber kein Zwischenruf mehr!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich habe damit kein Problem, ich bin das gewohnt. Ich finde es interessant, dass jemand, der sich intensiv mit einer Materie auseinandersetzt, der auch den kaufmännischen Aspekt miteinbringt, und ich denke mir, ein kaufmännischer Aspekt hat bei einer Summe von 25 Millionen Schilling durchaus eine Berechtigung, dass man dem dann vorwirft, er würde für gar nichts stehen. Ja gut, das sind Killerargumente, Killerphrasen. Ihr seht das halt so, ich sehe das ein bisschen anders. Wenn sie genau aufgepasst haben, ich persönlich habe mit keinem Wort gesagt, dass ich gegen diese 1 Million Schilling stimmen werde. Ich habe gesagt, was ich daran kritisiere. Ich habe gesagt, dass wir uns überlegen müssen, wie wir da in den nächsten Jahren weitermachen. Ich habe auch deutlich zum Ausdruck gebracht, dass mir der Deckungsbeitrag, der vom Bürgermeister zitiert worden ist, derzeit zu gering ist, er ist schlichtweg nicht vorhanden. Man wird sich externe Partner suchen müssen, nur die öffentliche Hand ist kein externer Partner. Das müssten auch Private aus der Wirtschaft sein, und das muss eben auch ein besseres Kostenbewusstsein sein. Womit ich ein Problem habe, das ist nicht diese 1 Million Schilling. Ich habe zu Beginn gesagt, mein Problem ist das, dass man, obwohl man nicht einmal einen mittelfristigen Finanzplan hat, jetzt hergeht und sagt, de facto auch die nächste Million im nächsten Jahr, und im übernächsten usw., bis man auf diesen 5 Million Schilling ist, für die wir uns jedes Mal ein Darlehen aufnehmen müssen. Liebe Grün-Kollegen, da tritt schon der Fall ein, dass es so sein wird, dass man dann auf andere Projekte verzichten muss, weil das Geld dafür nicht da ist, auch wenn diese 1 Million Schilling jetzt zusätzlich durch ein Darlehen finanziert wird. In den nächsten Jahren werden wir dann bei anderen Kultureinrichtungen den Sparstift ansetzen müssen, und das wünsche ich mir nicht. Wenn man mir heute versichern kann, dass das nicht als Grundsatzbeschluss interpretiert wird, dass wir automatisch auch im nächsten Jahr die Million zahlen, egal wie es da unten aussieht, dann kann ich mit dieser 1 Million Schilling wunderbar leben. Wunderbar eigentlich nicht, nur unter einem Aspekt; wenn ich erlebe, was in dieser Stadt, beispielsweise im Verkehrsplanerischen, aufgrund von Planungsdefiziten, den Bach runtergeht, dann denke ich mir, ist es dort noch sinnvoller investiert. Aber ich möchte nicht, dass damit auch für die nächsten Jahre ein Freibrief hergestellt wird, weil das möchte ich mir genauer anschauen. Und wenn im nächsten Jahr die Situation, wie es da im Budget prognostiziert wird, eintritt, dass man nur S 650.000,-- Erlöse aus Veranstaltungen und Vermietungen hat, obwohl man ein Veranstaltungszentrum ist, dann ist sicherlich der Ofen aus.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Der Herr Bürgermeister hat sich auch noch einmal zu Wort gemeldet. Ich erteile es ihm.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Liebe Kolleginnen und Kollegen. Ich möchte nur eine kurze Klarstellung machen. Wenn sich ein Regierungsmitglied, in einem Vorstand wie dem des Museum Arbeitswelt, bereit erklärt, ein abgesegnetes Konzept umzusetzen und die Mittel dafür zu beschaffen, dann findet das so statt, wie in vielen anderen Bereichen auch. Wenn wir ein Regierungsmitglied finden, der zum Bund Klinken

putzen geht, zu seinen Kollegen in der OÖ Landesregierung und zu allen anderen möglichen Förderungsgebern und daher auch zur Stadt Steyr, weil es bei uns steht, und wir natürlich da auch mit zuständig sind, und wir auf mündliche Option sagen, da werden wir uns wohl mit 4 Millionen Schilling beteiligen müssen, dann ist das kein Spielchen, das wir jedes Jahr ändern können. Das heißt, ich werde dazu stehen, und zwar 100 Prozent, das müssen sie sich schon einmal klar machen Frau Kollegin. Wissen sie, ich brauche nämlich nicht mehr nach Linz zum Herrn Landeshauptmann fahren, und was für die Schule, die Sporthalle oder sonst irgendetwas, wollen. Wenn der mit mir etwas ausmacht, dann erwartet er, dass ich dazu stehe, und ich erwarte, dass er dazu steht. So schaut das nämlich aus, und daher können wir es uns nicht erlauben, dass man Verkehrskonzepte, oder sonst irgendwelche Dinge, mit dieser Investition, die stattgefunden hat, da junktimieren. Es ist nicht unsere Investition. Es ist die Investition dieses Vereines, die haben in dem Bereich gesagt, wir wollen dies und jenes investieren und modernisieren, und das kostet nach Ausschreibungen usw. so und so viel. Und wir fangen dann damit an, wenn wir erwarten können, dass wir diese Mittel auch aufbringen. Wenn es auch über mehrere Jahre hinweg ist. Dann müssen die Fördergeber wohl dazu stehen, sonst wird der ehrenamtliche Vorstand dieses Vereines wahrscheinlich beim Richter stehen. So schaut das nämlich aus und das wird ein böses Beispiel machen, auch für alle anderen Vereine, die ehrenamtlich tätig sind. Das muss man sich überlegen.

Beifallskundgebung

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Gibt es noch eine Wortmeldung? Das ist nicht der Fall. Ich bitte um das Schlusswort Herr Referent.

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Wertes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates. Die erwartete Diskussion ist eingetreten. Es ist die Bemerkung, mit Steuergeldern sparsam umzugehen, zu unterstreichen. Es ist aber auch seriös zu vertreten, wie sparsam mit Steuergeldern umzugehen ist, und nicht nur einfach als politisches Schlagwort zu verwenden, hier wird mit Steuergeldern nicht sparsam umgegangen. Ich kann nur unterstreichen, dass alle Politiker im Vorstand des Museumsvereines aufgerufen sind, auch in Zukunft mit den Mitteln sorgfältig und verantwortungsbewusst umzugehen. Eines hat der Herr Bürgermeister auch gerade gesagt, bei diesen Investitionen, ganz egal ob es sich jetzt um das Museum, um Sportvereine oder um andere Einrichtungen handelt, handelt es sich praktisch um einen Vertrag zwischen den einzelnen Körperschaften. Und die Stadt Steyr wird gut beraten sein, sich an diese Verträge zu halten. Ich denke auch, dass wirklich jedes Mitglied des Gemeinderates in seiner Angelobung auch kundgetan hat, dieses Verhalten an den Tag zu legen, und Vertragstreue zu bewahren. Es ist hinlänglich bekannt, und auch gesagt worden, dass ein Museum in herkömmlicher, aber auch in moderner Form, immer ein Subventionsnehmer ist und sein wird. Und hier gibt es nun einen Museumsbetreiber, der die Idee hat, der vorhin erwähnten Situation, Subventionsnehmer zu sein, einen positiven wirtschaftlichen Aspekt entgegen zu setzen. Eine kulturschaffende, kunstschaftende, internationale Kongresse, Schulungen, Konferenzen, Meetings, Seminare, Treffen, Versammlungen, auch Veranstaltungen profaner Art, wie Bälle, Ausstellungen, Events, eine diese alles umfassende, ermöglichende, anerkannte, ansprechende, konkurrenzfähige, zukunftsweisende, und vor allem eine national und international angenommene Einrichtung, die bis dato in Steyr nicht vorhanden war, zu schaffen. Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich möchte sie daher ersuchen, neuerlich ihren, schon des Öfteren bewiesenen kulturellen und wirtschaftlichen Weitblick zu zeigen und der Einrichtung, diese für Steyr neue, notwendige, wichtige, unverzichtbare Einrichtung, und diesem Ausstellungs-, Bildungs-, Kultur- und Veranstaltungszentrum zuzustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTERIN FRIEDERIKE MACH:

Danke. Wir kommen nun zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung erteilt, den ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand. 19 (17 SPÖ, 2 GAL). Wer ist dagegen? 14 (8 FPÖ, 6 ÖVP). Wer übt Stimmenthaltung? Eine Enthaltung (LIF). Danke, der Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Ich übergebe den Vorsitz wieder an den Herrn Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke, ich übernehme wieder den Vorsitz. Ich stelle fest, dass wir am Ende unserer Tagesordnung angelangt sind. Wir haben Ausgaben von S 3,081.000,-- beschlossen, und Beschlüsse des Stadtsenates im Ausmaß von S 156.000,-- ausgabenwirksam gleich zur Kenntnis genommen. Wir kommen nun zur „Aktuellen Stunde“. SPÖ?

STADTRAT GERHARD BREMM:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

FPÖ?

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Sehr geehrter Herr Kupfer.

GEMEINDERAT ANDREAS KUPFER:

Grüß Gott!

Gelächter

GEMEINDERÄTIN ELFRIEDE REZNAR:

Ich melde mich auch zu Wort, weil ich, im Gegensatz zu ihnen, keinen Adlatus brauche. Geschätztes Präsidium, sehr geehrte Damen und Herren. Es ist aus gegebenem Anlass trotzdem notwendig geworden, die Postenbesetzungen der jüngsten Zeit noch einmal ins Gespräch zu bringen. Unter anderem wurde ohne vorheriger Diskussion, auch nicht im Kulturausschuss, der Posten des

Kulturamtsleiters ausgeschrieben. Daraufhin sind einige Bewerbungen eingegangen, darunter auch von Personen, die mit Sicherheit von ihrer Qualifikation her so interessant gewesen wären, dass man sie doch wenigstens zu einem Hearing einladen hätte müssen. Wenn also, sogenannte Kapazunder nicht einmal zu einem Hearing gebeten werden, dann spürt jeder, auch als Außenstehender, einen gewissen Fassgeruch. Ich will den neuen Kulturamtsleiter auf keinen Fall abqualifizieren, ganz im Gegenteil. Die Neubesetzung scheint ein ganz enormer Schritt nach vorne zu sein, und wie der Herr Kollege Keiler schon gesagt hat, einer erfolgreichen Dauerverhinderung endlich ein Ende gesetzt. Aber wie kommt jemand letztendlich dazu, immer als politisches Protektionskind dazustehen, obwohl er fachlich einwandfrei ist und die guten Voraussetzungen für einen Leiterposten hat? Aber nur deshalb so dazustehen, weil er sich von der Qualifikation her nicht messen konnte, und das Ausscheidungsverfahren völlig undurchsichtig abgelaufen ist. Ich kann mir nicht vorstellen, was ein Hearing für einen Sinn macht, zu dem hochqualifizierte Persönlichkeiten nicht einmal eingeladen werden. Nur einen lapidaren Brief, „Wir bedauern“, so kann es auch nicht sein. Solche Vorgangsweisen werden von der Bevölkerung Steyrs eher als ängstlich und kleinkariert abgestempelt. Deshalb ist es höchst an der Zeit, Objektivierungsverfahren gerecht und transparent einzuleiten, und in Hinkunft ein Hearing professioneller abzuhalten.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Dazu die SPÖ?

STADTRAT ING. DIETMAR SPANRING:

Zu Beginn des heutigen Gemeinderates habe ich eine 4 Seiten lange Beantwortung einer Anfrage von der Frau GR Frech vorgebracht, die genau dieses Thema beinhaltet. Ich denke, dass genau das, was jetzt hier zur „Aktuellen Stunde“ thematisiert wird, in dieser Fragebeantwortung ausreichend und auch nachvollziehbar dargestellt worden ist.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

FPÖ dazu? Nein.

Zwischenruf von GR Reznar

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Was, ein zweites Mal? Nein ein zweites Mal können sie in der „Aktuellen Stunde“ nicht reden. Sie haben es thematisiert, jetzt kann einer aus ihrer Mitte bis zu 5 Minuten reden, so steht es im Bücherl drinnen. Wenn das jemand will, müsste er es jetzt gleich tun, weil hinter ihnen ist dann die ÖVP dran. Offensichtlich keine weitere Wortmeldung. ÖVP dazu? Kollege Lengauer bitte.

GEMEINDERAT ENGELBERT LENGAUER:

Eine kurze Stellungnahme dazu. Wir haben in einem gemeinsamen Antrag versucht, die Situation

und die Möglichkeit neu zu schaffen. Dieser Antrag ist nicht durchgegangen, daher müssen wir die derzeit gültigen rechtlichen Gesetze anerkennen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke vielmals. Grüne dazu?

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Die Erde ist ein Jammertal, und das Böse ist immer und überall.

Gelächter

GEMEINDERAT KURT APFELHALER:

Frau Kollegin, ich weiß schon was sie meinen. Ich kann es auch nachempfinden, nur ist das unser beider subjektive Ansicht darüber, wer jetzt gut, oder nicht gut ist. Damit unser beider subjektive Ansicht nicht die Alleinige im Raum bleibt, dafür gibt es Kommissionen. Dafür gibt es eine Kommission, die aus ihren verschiedensten Blickwinkeln sagt, wer gut oder schlecht ist. Wenn sie heute sagen, sie kennen wen, der ein besonderer Kapazunder ist, ein Glück für sie. Aber, dass er nicht bis zum Hearing gekommen ist, das liegt außerhalb unseres Einflusses, dafür ist eine bestimmte Kommission zuständig. Ich gebe ihnen Recht, dass man bei der Auswahl unter Umständen da und dort etwas ändern könnte, dass man zumindest beim Hearing ein, zwei Fragen machen könnte. Aber wer gut oder nicht gut ist, überlassen wir bitte einer größeren Breite, als nur der Ansicht von ihnen und von mir, weil dann sind wir nämlich genau dort, was wir nicht haben wollen, dass nämlich nur die hineinkommen, wo wir persönlich glauben, dass das die Allerbesten sind. Ich danke ihnen.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke. 5 Minuten Frau Kollegin.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Ich weiß, ich kenne das Statut. Sehr geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Vertreter der Presse. Ja, geschätzter Personal- und Kulturstadtrat Spanring, sie haben darauf verwiesen, dass sie heute diese zweiseitige Anfrage von mir ausführlich beantwortet hätten. Alleine taten sie es in einer Weise, dass ich glaube, dass es kaum jemand in diesem Raum wirklich verstanden hat. Vielleicht, weil man auch gar nicht wollte, dass manche Sätze genau verstanden werden. Ich gehe z. B. auf die Beantwortung der Frage Nr. 2 ein. Meine Frage war, wie konnte man überhaupt feststellen, dass ein Bewerber die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt, wenn man ihn nicht einmal zu einem persönlichen Gespräch eingeladen hat? Ihre Antwort war, dass man die

Qualität der Bewerbungsunterlagen geprüft hat, und anhand der Qualität der Bewerbungsunterlagen entschieden hätte. Ich frage mich aber, wie man gerade die heutzutage so erforderlichen Schlüsselqualifikationen für Führungskräfte, Teamfähigkeit, Selbstständigkeit, über Bewerbungsunterlagen prüfen kann. Da stelle ich mir eine Frage, die sie mir wahrscheinlich nicht beantworten können. Und wenn es um diese Objektivierungskommission geht, so kann ich es nicht mehr hören. Ich denke mir, früher einmal war es halt so, dass man gewusst hat, dass Posten mitunter parteipolitisch besetzt werden. Das hat man gewusst, das hat man in Kauf genommen, das ist so. Heute haben wir ein sogenanntes Objektivierungsgesetz, und der Bürger glaubt, so auf den ersten Blick, jetzt geht alles mit objektiven Dingen zu. Ich denke mir, in Wahrheit sind manche Dinge zu hinterfragen. Zu hinterfragen ist sicherlich eine Objektivierungskommission, die im Prinzip aus drei Dienstgebervertretern und drei Dienstnehmervertretern besteht. Wobei ich glaube, ich bin mir nicht sicher, aber ich glaube, dass so ziemlich alle davon der SPÖ angehören, und Mitglied der SPÖ sind. Insofern glaube ich, geht es hier schon auch um politische Einflussnahme, wenn eine Objektivierungskommission zum Großteil aus SPÖ-Mitgliedern besteht. Eines habe ich aber sehr interessant gefunden, Herr Stadtrat Spanring. Auf meine Frage, welches Kommissionsmitglied die Überprüfung der verlangten fachspezifischen Kenntnisse vornimmt, es ist nämlich auch darum gegangen, dass der Bewerber musikalische, oder musikgeschichtliche Kenntnisse mitbringt, haben sie mir gesagt, das sei vertraulich, das können sie mir nicht sagen. Das finde ich auch sehr interessant, dass man als Nichtpersonalbeiratsmitglied nicht einmal nachvollziehen kann, wie dieses Hearing eigentlich stattfindet. Für mich stellt sich schon auch die Frage, wie werden Qualifikationen überprüft? Werden sie abgeprüft? Werden sie anhand von Seminarzeugnissen überprüft? Das hätte man ja sagen können. Aber das ist scheinbar vertraulich. Eines finde ich aber den Bewerbern gegenüber sehr unfair. Auf meine Frage, warum man Bewerber mit Ende der Bewerbungsfrist nicht automatisch über das weitere Prozedere des Bewerbungsverfahrens informiert, was für mich eigentlich eine Selbstverständlichkeit wäre, Bewerbungsende - und dann werden alle angeschrieben und informiert, wie das weitere Prozedere ist. Ich denke mir, das ist auch eine Sache des Images, das wir haben möchten, ein positives, im öffentlichen Bereich. Und sie teilen mir dann mit, wer es hat wissen wollen, der hat es eh erfahren, wenn er beim Amt vorstellig geworden ist, und bei den anderen kann man davon ausgehen, dass es ihn eh nicht interessiert hat. So war in etwa inhaltlich ihre Antwort. Vorweg, ich habe nichts gegen den Kulturbereichsleiter, ich habe nichts gegen den Geschäftsbereichsleiter für Bauangelegenheiten, ich wünsche beiden alles Gute für ihre Tätigkeit, nur was mich stört, ist das Prozedere der Personalauswahl, und dass man nicht bereit ist, das was auch ein gemeinsamer Antrag aller vier Fraktionen war, dass man bei Hearings teilnehmen kann. Nicht um politisch Einfluss zu nehmen, sondern um sich das einfach anzuschauen, transparenter und nachvollziehbarer zu machen.

STADTRAT GERHARD BREMM:

Politisch Einfluss nehmen wollen sie!

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Sie nehmen den politischen Einfluss, wir wollen Kontrolle und Transparenz.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Danke sehr. Die Runde ist vorbei. Ich lege nur Wert auf eines, noch einmal festzustellen, dass wir diese Besetzungen streng und buchstabengetreu nach dem Gesetz durchgeführt haben.

So, ÖVP weitere Themen?

STADTRAT GUNTER MAYRHOFER:

Nein.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

Kein weiteres Thema? Grüne?

Liberales? Sie haben schon noch ein Thema. Ich lade sie ein, nach vorne zu kommen.

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Geschätztes Präsidium, werte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates. Mein Thema hat etwas mit Bürgerrechten zu tun, und Bürgerrechte sollten uns allen, über Parteigrenzen hinweg, eigentlich ein großes Anliegen sein. Wie sie ja wissen, steht demnächst der Voranschlag 2000 zur Debatte. Und wie sie wahrscheinlich auch wissen, gibt es im Stadtstatut der Stadt Steyr eine Bestimmung, dass dieser Voranschlagsentwurf eine Woche lang öffentlich einsichtbar ist. Das wird heuer vom 3. bis 10. Dezember sein. Was sie vielleicht nicht wissen, dass Steyrer damit Bürger zweiter Klasse sind. Und zwar deshalb, weil in allen anderen Gemeinden, die nicht ein eigenes Stadtstatut haben, dieser Voranschlag 2 Wochen lang aufliegen muss. Es ist für mich eigentlich nicht verständlich, warum dieser Voranschlag laut Gemeindeordnung in Landgemeinden 2 Wochen aufliegen muss, und in einer Stadt mit einem Budget von fast 1,2 Mrd. Schilling, nur eine Woche. Sie werden jetzt halt sagen, das steht im Statut so drinnen. Aber ich denke mir, das können wir ja auch ändern, indem wir uns beim Land dafür stark machen. Das ist der eine Punkt. Dann werden sie wahrscheinlich auch wissen, dass es nicht nur das Bürgerrecht gibt in dieses Budget Einsicht zu nehmen, sondern dass es auch das Bürgerrecht gibt, auf Defizite und Dinge die nicht im Budget stehen hinzuweisen, und dabei eine sogenannte Erinnerung zum Budget zu verfassen. Das kann eine Subvention für einen Kultur- oder einen Sportverein sein, der nicht vorgesehen war, das kann aber auch etwas wie ein Kulturleitbild sein, was auch immer, ein Verkehrskonzept, alles was finanzielle Folgen nach sich zieht, da kann der Bürger ein formloses Schreiben an den Magistrat richten. Das ist einer seiner wenigen Möglichkeiten im Rahmen der direkten Demokratie, sich auch hier ein bisschen kundzutun. Meine Damen und Herren, diese Erinnerung muss von jedem Bürgermeister in OÖ kundgetan werden. Da muss auf der Amtstafel oben stehen, dass der Bürger ins Budget Einsicht nehmen darf, und dass er die Möglichkeit hat, eine Erinnerung zu verfassen. Jeder Bürgermeister in ganz OÖ muss das tun, nur Steyr, Linz und Wels nicht. Das heißt, sie finden keinen Hinweis. Wenn sie das Amtsblatt durchblättern, haben sie einen kleinen Hinweis gefunden, dass der Voranschlag zur Einsichtnahme da ist. Sie finden keinerlei Hinweis, dass sie als Bürger das Recht in Anspruch nehmen können, eine Erinnerung zu verfassen. Warum das so ist? Das ist nicht, weil unser Bürgermeister böse ist, sondern weil unser Statut das schlichtweg nicht vorsieht. In allen anderen Landgemeinden ist das schon so. Und da sage ich, warum sind Steyrer Bürger zweiter Klasse. Sie bekommen weniger Information, und sie können in diesen Voranschlag weniger lang Einsicht nehmen. Ich denke mir, es wäre längst an der Zeit ein einheitliches Recht für alle Bürger zu schaffen. Meine geschätzten Damen und Herren, wenn das schon so ist, dass auf dem Papier und vom formalrechtlichen her, Steyrer Bürger zweiter Klasse sind, so denke ich mir, wäre es wohl längst an der Zeit ...

GEMEINDERÄTIN MAG. MICHAELA FRECH:

Herr Bürgermeister dürfte ich sie bitten für Ruhe zu sorgen.

Ich muss leider feststellen, dass sie das Thema Bürgerrechte nicht sehr zu interessieren scheint. Aber wenn das schon so ist, dass dieser Voranschlag in Steyr nur 1 Woche lang aufliegt, wenn es schon so ist, dass man nicht auf diese Erinnerung hinweisen muss, so denke ich mir, wäre es wohl ein demokratiepolitisches Zeichen und ein Zeichen von mehr Bürgernähe, dieses Recht tatsächlich zu veröffentlichen. Und nicht, in dem man auf einer der vorletzten Seiten des Amtsblattes ein kleines Kästchen hineingibt, sondern dass man wirklich auf einer DIN A4 Seite den Bürger auf dieses Recht hinweist, ihm erklärt, welche Möglichkeit er da hat. Sie dürfen auch nicht davon ausgehen, dass jeder mit dem Ausdruck „Voranschlag- Budgeterinnerung“ etwas anfangen kann. Man muss das erklären, damit man wirklich dieses Bürgerrecht vom toten Recht zum Leben erweckt. Es ist ja kein Zufall, dass dieses Recht der Erinnerung im letzten Jahr von einer einzigen Person, oder von einem einzigen Verein, in Anspruch genommen worden ist, und da auch im Zusammenhang mit einer Partei. Warum binden wir unsere Bürger nicht mehr ein? Und sie, geschätzter Herr Bürgermeister, haben jetzt noch Zeit, vom 3. bis 10. Dezember liegt dieser Voranschlag auf. Ich ersuche sie hiermit, auch vor dem Rathaus eine Ankündigung zu machen, wo in das Budget Einsicht zu nehmen ist, und auch jemanden zu eruiieren, der den Bürgern dabei zur Seite steht. Nur als letzter Satz noch, es gibt nämlich an sich niemanden institutionalisiert, der den Bürgern beim Verfassen der Erinnerung hilft. Nicht einmal der Bürgeranwalt, weil der darf das aufgrund seiner Kompetenzen gar nicht. Ich würde sie wirklich ersuchen, hier diesbezüglich ein Forcieren dieses direkten Bürgerrechtes zu betreiben. Danke.

BÜRGERMEISTER HERMANN LEITHENMAYR:

SPÖ dazu? ÖVP? FPÖ? Grüne?

Das ist nicht der Fall. Damit ist unsere Tagesordnung heute wirklich erschöpft, und wir sind etwas früher fertig als sonst. Ich bedanke mich für die Mitwirkung, wünsche viel Kraft für die Budgetsitzung, und schließe die heutige Sitzung.

ENDE DER SITZUNG: 17.20 UHR

DER VORSITZENDE:

Bürgermeister Hermann Leithenmayr eh.

DIE PROTOKOLLFÜHRER: DIE PROTOKOLLPRÜFER:

OAR Anton Obrist eh. GR Ing. Wolfgang Hack eh., Gabriele Obermair eh. GR Wilhelm Hauser eh.